

STATISTISCHE BERICHTE

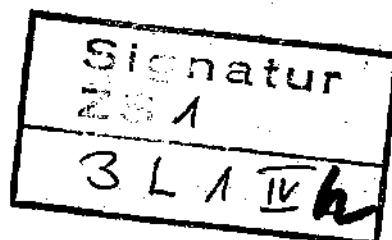


Ausgesch. d. Hochsch.
WiWi Sem/Um. T. 1956

Herausgeber: Statistisches Bundesamt / Wiesbaden

Arb.-Nr. VII/44/2

Erschienen am 13. März 1956



Die allgemeine Umlage der Landkreise
im Rechnungsjahr 1953

Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt

Seite

I. Vorbemerkung	3
II. Die Aufgaben und Ausgaben der Landkreise	3
III. Der Umlagebedarf	5
IV. Die Umlagekraft und ihre Berechnung	6
V. Die Umlageanspannung	9
VI. Tabellenteil: Umlagekraft, Umlagebedarf und Umlagesätze der Landkreise des Bundesgebietes im Rechnungsjahr 1953	16
VII. Anhang: Gesetzliche Bestimmungen über die Erhebung der Kreisumlage in den Ländern des Bundesgebietes für das Rechnungsjahr 1953	25

I. Vorbemerkung

Im Zusammenhang mit Fragen des Finanzausgleichs war die Umlagekraft und Umlageanspannung der Landkreise Gegenstand einer besonderen Untersuchung¹⁾. Das dabei angefallene Material vermittelt für die Zeit nach 1945 erstmalig einen Einblick in die Umlageerhebung in den einzelnen Ländern des Bundesgebietes.

Nach den bestehenden Gesetzen über den Finanzausgleich zwischen Land, Gemeinden und Gemeindeverbänden sowie den seit 1945 ergangenen Landkreisordnungen sind die Landkreise in allen Ländern des Bundesgebietes zur Erhebung allgemeiner Umlagen von ihren kreisangehörigen Gemeinden berechtigt, soweit die sonstigen Einnahmen ihren Bedarf nicht decken. Die auf Landesebene ergangenen Vorschriften über die der Umlageberechnung zugrunde zu legenden Zustände sowie über die Festsetzung der Umlagesätze sind in ihrer Grundkonzeption einheitlich: Die Umlagen ausnahmslos von der Steuerkraft - im wesentlichen der Realsteuern - der kreisangehörigen Gemeinden aus unter Einbeziehung der Schlüsselzuweisungen. Damit übernehmen sie das System des preußischen Finanzausgleichs von 1941, das später in der Reichsfinanzausgleichsverordnung von 1944 aufging. Die Notwendigkeit einer Einbeziehung der Schlüsselzuweisungen, die einen Ausgleich für steuerschwache Gemeinden darstellen, in die Umlagegrundlage, ist damit allgemein anerkannt worden.

Im einzelnen, d.h. in der Bemessung der Steuerkraft aus Realsteuern, der Heranziehung anderer Steuern oder Zuweisungen u.dgl. bestehen allerdings zwischen den einzelnen Ländern z.T. erhebliche Unterschiede. Ein vorbehaltloser Vergleich der Umlagekraft und Umlageanspannung ist deshalb nicht durchführbar.

Zu erwähnen bleibt noch, daß die Landkreise Baden-Württembergs nicht in die Sondererhebung einbezogen sind, da durch den Zusammenschluß der ehemaligen Länder Württemberg-Baden, Baden und Württemberg-Hohenzollern die Umlageerhebung im Zuge der Neuordnung des Finanzausgleichs auf eine einheitliche Grundlage gestellt wird. Soweit Ergebnisse der Gemeindefinanzstatistik für das Rechnungsjahr 1953 vergleichshalber herangezogen sind, wurden auch die Landkreise Baden-Württembergs mit einbezogen.

II. Die Aufgaben und Ausgaben der Landkreise

Als kommunale Selbstverwaltungskörperschaften haben die Landkreise zunächst öffentliche Aufgaben durchzuführen, die die Leistungsfähigkeit der kreisangehörigen Gemeinden übersteigen, d.h. im wesentlichen Aufgaben, die einer gleichmäßigen Versorgung und Betreuung der Einwohner des ganzen Landkreises dienen. Daneben umfaßt der Wirkungskreis der Landkreise auch Aufgaben, deren Erfüllung nach Weisung ihnen vom Staat auferlegt ist. In Art und Umfang der Aufgaben bestehen länderspezifische beträchtliche Unterschiede. Ihren finanziellen Niederschlag finden sie in den Ausgaben, die dafür aufgewendet worden sind.

Im Rechnungsjahr 1953 haben die 418 Landkreise des Bundesgebietes 1 635,6 Mill. DM verausgabt (Bruttoausgaben). An dem gesamten kommunalen Haushaltsvolumen haben sie mit dieser Summe einen Anteil von 15,2 vH. Ein großer Teil der Ausgaben konzentriert sich bei den Aufgabengebieten, die schon vor dem Krieg als "klassische" Aufgaben der Landkreise galten. So entspringt mehr als ein Drittel aller Ausgaben der Stellung der Landkreise als Bezirksfürsorgeverbände. Einschl. der Jugendhilfe entfallen 506,0 Mill. DM oder 30,4 vH des Gesamtaufwandes auf diesen Verwaltungszweig. Von Bedeutung sind weiterhin die Ausgaben für den Straßenbau, der die Landkreise 226,5 Mill. DM kostet. Neben diesen beiden Standardaufgaben fordert aber in den letzten Jahren das Gesundheitswesen, insbesondere die Krankenhäuser, wachsende Ausgaben. Allein für Krankenhäuser waren 200,2 Mill. DM im Rechnungsjahr 1953 notwendig. Für Berufsschulen, bei denen die Landkreise vielfach als Kostenträger auftreten, sind 107,2 Mill. DM in der Gesamtsumme enthalten.

Ein Teil der Ausgaben geht jedoch nicht zu Lasten der Landkreise. Am Fürsorgeaufwand sind Bund, Land und die Gemeinden kostenmäßig beteiligt, an den Straßenbaukosten im wesentlichen das Land. Da länderspezifische beträchtliche Unterschiede in der speziellen Lastenverteilung zwischen (Bund, Land, Gemeinden oder Gemeindeverbänden) bestehen, sind die Landkreisausgaben in nachstehender Übersicht in Form der Eigenausgaben dargestellt, d.h. nach Abzug der Umschuldungen und Darlehen von anderen Gebietskörperschaften.

¹⁾ Begriffsklärungen: S. Seite 14.

1. Die Eigenausgaben der Landkreise im Rechnungsjahr 1953
nach Ländern und Verwaltungszweigen

Einzelplan / Verwaltungszweig		Bundes- gebiet	Schles- wig- Hol- stein	Nieder- sachsen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern
		1	2	3	4	5	6	7	8
- Mill. DM -									
4	Fürsorge u. Jugendhilfe	318,4	27,8	56,4	69,8	25,2	21,0	51,7	66,4
	darunter: Allgemeine Fürsorge	129,6	8,9	15,0	38,8	8,0	11,3	19,3	28,3
	Kriegsfolgenhilfe	71,7	7,8	16,4	8,2	6,2	3,6	10,5	19,0
5	Gesundheits- u. Jugendpflege	231,4	21,2	44,9	32,2	18,6	5,8	61,7	47,0
	darunter: Krankenhäuser usw.	193,0	15,6	37,8	15,8	12,3	4,9	60,5	46,1
6	Bau- und Wohnungswesen	217,6	8,0	49,3	38,9	16,5	17,8	34,0	53,2
	darunter: Straßen, Wege, Brücken	145,0	5,4	29,3	19,6	11,5	12,3	30,2	36,7
2	Schulen	144,2	7,1	35,7	31,2	17,1	11,0	27,4	14,7
	darunter: Berufsschulen	80,3	4,4	17,4	17,8	10,2	7,1	15,6	7,7
0 u. 9	Allgemeine Verwaltung, Finanz- u. Steuerverwaltung	142,8	10,2	30,8	37,8	14,9	6,1	16,3	26,6
1	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	61,4	1,6	6,0	41,2	3,0	2,0	1,4	6,2
7	Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	43,9	7,8	8,9	12,8	2,1	2,8	4,2	5,3
8	Wirtschaftliche Unternehmen	7,6	2,3	0,9	3,4	0,2	0,7	0,1	0,0
3	Kultur	5,3	0,6	0,9	1,7	0,5	0,3	0,6	0,6
	Kämmereiverwaltungen insgesamt ¹⁾	161,4	85,9	231,9	268,0	98,0	67,4	195,5	214,7
- DM je Einwohner -									
4	Fürsorge u. Jugendhilfe	10,37	16,14	11,46	9,81	8,23	8,49	9,95	10,72
	darunter: Allgemeine Fürsorge	4,22	5,16	3,06	5,46	2,61	4,55	3,70	4,57
	Kriegsfolgenhilfe	2,34	4,54	3,33	1,15	2,02	1,45	2,02	3,07
5	Gesundheits- u. Jugendpflege	7,54	12,30	9,11	4,53	6,07	2,35	11,87	7,59
	darunter: Krankenhäuser usw.	6,29	9,07	7,68	2,23	4,02	1,97	11,64	7,43
6	Bau- und Wohnungswesen	7,09	4,63	10,00	5,48	5,38	7,18	6,53	8,59
	darunter: Straßen, Wege, Brücken	4,73	3,16	5,95	2,75	3,76	4,96	5,80	5,93
2	Schulen	4,70	4,11	7,25	4,39	5,57	4,47	5,27	2,37
	darunter: Berufsschulen	2,62	2,57	3,54	2,50	3,35	2,86	3,00	1,23
0 u. 9	Allgemeine Verwaltung, Finanz- und Steuerverwaltung	4,65	5,91	6,26	5,31	4,88	2,43	3,13	4,30
1	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2,00	0,95	1,22	5,80	0,97	0,80	0,26	1,00
7	Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	1,43	4,56	1,80	1,79	0,69	1,12	0,81	0,86
8	Wirtschaftliche Unternehmen	0,25	1,34	0,18	0,48	0,06	0,27	0,03	0,00
3	Kultur	0,17	0,36	0,19	0,23	0,16	0,12	0,12	0,10
	Kämmereiverwaltungen insgesamt ¹⁾	37,84	49,92	47,10	37,69	32,00	27,26	37,59	34,64

¹⁾ Ohne Erstattungen.

An solchen "eigenen" Ausgaben hatten die Landkreise des Bundesgebietes 1 161,4 Mill.DM oder 37,84 DM je Einwohner im Rechnungsjahr 1953. Die auf DM je Einwohner berechneten Ausgaben zeigen zunächst die Bedeutung der Landkreise in Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Mit 49,92 DM und 47,10 DM je Einwohner liegen sie erheblich über denen der Landkreise anderer Länder. Die gleiche Feststellung gilt für den Anteil an den Eigenausgaben aller kommunalen Gebietskörperschaften, der sich für diese beiden Länder mit 22,2 vH bzw. 22,3 vH berechnet, während er im übrigen zwischen 9,0 vH in Nordrhein-Westfalen und 14,7 vH in Bayern liegt. Maßgebend hierfür sind zunächst die Aufwendungen für Fürsorge und Jugendhilfe, die entsprechend der Struktur dieser beiden Länder als Flüchtlingsländer neben Bayern den Landkreisen besonders hohe Kosten verursachen. Außer in Baden-Württemberg gehen auch hier die höchsten Ausgaben für das Gesundheitswesen - insbesondere für Krankenhäuser - zu Lasten der Kreisverwaltungen. Die niedersächsischen Landkreise sind ferner stark durch Straßen- und Wohnungsbau in Anspruch genommen, sowie durch die Aufwendungen, die sie im Schulwesen, besonders bei den Berufsschulen, zu übernehmen haben.

Die relativ niedrigen Ausgaben in den übrigen Ländern sowie die regionalen Unterschiede in der Höhe der Ausgaben bei den einzelnen Aufgabengebieten haben verschiedene Ursachen. Neben der im einzelnen unterschiedlichen Höhe des effektiven Bedarfs sind sie z.T. darauf zurückzuführen, daß einzelne Aufgaben von der Landkreisebene auf die Bezirksverbände verlagert sind, oder größere kreisangehörige Gemeinden, die über die notwendige verwaltungsmäßige und finanzielle Leistungsfähigkeit verfügen, selbst Einrichtungen u.ä. unterhalten, wodurch die Landkreise entlastet werden. Z.T. wirkt sich die Durchführung gewisser Aufgaben durch Zweckverbände, oder z.B. die Unterhaltung von Krankenhäusern durch konfessionelle Verbände, Knappschaften oder sonstige Körperschaften auf die Ausgaben der Landkreise aus.

III. Der Umlagebedarf

An eigenen Einnahmen haben die Landkreise im gleichen Rechnungsjahr 465,9 Mill.DM ausgewiesen. Davon sind 78,7 Mill.DM Schuldenaufnahmen, die hauptsächlich für den Bau von Berufsschulen, Krankenhäusern und Straßen aufgenommen werden mußten. Damit bleibt als Zuschußbedarf ein Betrag von 698,3 Mill.DM oder 22,76 DM je Einwohner für die Summe der Landkreise des Bundesgebietes. Er wird zu 81,4 vH durch allgemeine Umlagen von den kreisangehörigen Gemeinden gedeckt. Außer den Umlageeinnahmen sind die sonstigen Einnahmen für den Gesamthaushalt - allgemeine Deckungsmittel - von verhältnismäßig geringer Bedeutung. Aus eigenen Steuern oder Steueranteilen - von denen lediglich der Zuschlag zur Grunderwerbsteuer einschl. Mehrzuschlag (Wertzuwachssteuer) größere Beträge bringt (1953 = 43,3 Mill.DM) - haben die Kreise Einnahmen in Höhe von insgesamt 57,7 Mill.DM. Auch aus dem Erwerbsvermögen fallen nur geringe Überschüsse an (1953 = 23,6 Mill.DM). Wichtiger für die Finanzwirtschaft der Landkreise sind jedoch die allgemeinen Finanzzuweisungen der Länder, die ihnen mit 186,6 Mill.DM - darunter 156,4 Mill.DM Schlüsselzuweisungen - überwiesen werden.

In einzelnen Ländern wird jedoch ein Teil der Einnahmen aus allgemeinen Deckungsmitteln - die sich ohne die Umlageeinnahmen auf 273,5 Mill.DM belaufen - durch allgemeine Umlagen an höhere Gemeindeverbände oder das Land wieder verausgabt. So leisten z.B. die Landkreise in Bayern allgemeine Umlagezahlungen an die Bezirksverbände, in Nordrhein-Westfalen an die Provinzialverbände (jetzt Landschaftsverbände) und an den Ruhrsiedlungsverband, in Rheinland-Pfalz an den Bezirksverband Pfalz, in Baden-Württemberg sind sie durch die Landesumlage für Wohlfahrtspflege und Straßenbau und an den Landesfürsorgeverband, in Niedersachsen durch die Landesumlage einschl. Zuschlag zu dieser belastet. Diese Ausgaben ergeben einschl. wenig bedeutender Zahlungen aus bei Landkreisen unterhaltenen Ausgleichs- oder Notstöcken an finanzschwache Gemeinden einen Betrag von 123,8 Mill.DM. Somit bleiben immerhin noch 548,6 Mill.DM, die durch Umlageeinnahmen von kreisangehörigen Gemeinden zu decken sind, d.h. an Umlagebedarf. Je Kopf der Landkreisbevölkerung entspricht dieser Bedarf einem Betrag von 17,88 DM im Bundesdurchschnitt.

2. Kreisdaten 1953¹⁾

	Bundes- gebiet	Schles- wig- Hol- stein	Nieder- sachsen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern
	1	2	3	4	5	6	7	8
Zahl der Landkreise	418	17	60	57	39	39	63	143
Einwohnerzahl	30 689 811	1 721 314	4 924 648	7 110 929	3 062 324	2 472 862	5 199 831	6 197 903
- Mill. DM -								
Zuschußbedarf o.R.	698,3	38,1	133,3	182,0	64,2	45,8	106,5	128,5
./. Saldo allgemeine Deckungsmittel (ohne Umlageeinnahmen)	149,7	13,6	26,3	45,5	19,2	13,9	17,4	13,8
Umlagebedarf	548,6	24,5	106,9	136,5	44,9	31,9	89,1	114,8
Umlageeinnahmen der Landkreise	568,4	25,3	112,5	145,6	45,7	33,3	87,9	118,1
Rücklagen für Gesamt- haushalt (Saldo)	6,7	0,1	1,4	1,6	0,8	0,1	0,8	1,9
Mehr-Einnahmen/Aus- gaben o.R.	+ 13,1	+ 0,7	+ 4,2	+ 7,5	- 0,1	+ 1,3	- 2,0	+ 1,5
- DM je Einwohner -								
Zuschußbedarf o.R.	22,76	22,15	27,06	25,60	20,95	18,51	20,48	20,74
./. Saldo allgemeine Deckungsmittel (ohne Umlageeinnahmen)	4,88	7,91	5,35	6,40	6,28	5,62	3,34	2,22
Umlagebedarf	17,88	14,24	21,70	19,20	14,67	12,89	17,14	18,52
Umlageeinnahmen der Landkreise	18,52	14,70	22,84	20,48	14,92	13,48	16,90	19,06
Rücklagen für Gesamt- haushalt (Saldo)	0,22	0,07	0,27	0,23	0,28	0,06	0,15	0,30
Mehr-Einnahmen/Aus- gaben o.R.	+ 0,43	+ 0,39	+ 0,86	+ 1,05	- 0,03	+ 0,53	- 0,39	+ 0,24
- vH -								
Umlageeinnahmen in vH des Zuschußbedarfs o.R.	81,4	66,4	84,4	80,0	71,2	72,8	82,5	91,9
Umlageeinnahmen in vH der Realsteuer-Ein- nahmen u. Schlüssel- zuweisungen der kreisangehörigen Gemeinden	26,2	24,3	38,1	21,7	25,8	23,4	18,7	38,1

1) Ist-Zahlen nach der Jahresrechnungsstatistik - daher Abweichungen gegenüber Tabellenteil - .

Der Umlagebedarf erhöht sich naturgemäß in den Ländern, in denen die Landkreise Umlagezahlungen an die erwähnten Körperschaften zu leisten haben. Mit 21,70 DM je Einwohner haben die Landkreise in Niedersachsen den höchsten Umlagebedarf, mit 19,20 DM je Einwohner folgen die Landkreise in Nordrhein-Westfalen, mit 18,52 DM Bayern und mit 17,14 DM Baden-Württemberg. Gegenüber diesen Ländern liegt der Umlagebedarf in Hessen (14,67 DM je Einw.), Schleswig-Holstein (14,24 DM je Einw.) und Rheinland-Pfalz (12,89 DM je Einw.) relativ niedrig.

IV. Die Umlagekraft und ihre Berechnung

Die Höhe der Umlageleistungen der kreisangehörigen Gemeinden richtet sich nach der örtlichen Finanzkraft. Dadurch vollzieht sich gleichzeitig ein gewisser Finanzausgleich innerhalb der Landkreise. Als Bemessungsgrundlage dienen die Steuerkraft der Gemeinde sowie die als Ergänzung der Steuerkraft gewährten Schlüsselzuweisungen vom Land. Neben den Realsteuern, die in den Ländern zwischen 80 und 87 vH der Grundlage stellen, und den Schlüsselzuweisungen - die betragsmäßig zum

Teil auch die Bürgersteuerausgleichsbeträge oder Grundsteuerausfallentschädigungen einschließen - werden nur vereinzelt von einigen Ländern weitere Steuern oder Zuweisungen als Umlagegrundlage herangezogen. So werden beispielsweise in Niedersachsen die Sonderzuweisungen (für besonders finanzschwache Gemeinden) und die Bürgersteuerausgleichsbeträge berücksichtigt, in Rheinland-Pfalz wird die Vergnügungsteuer in die Steuerkraft eingerechnet, in Hessen werden die Gemeinden mit überdurchschnittlicher Steuerkraft (mehr als 150 vH der Bedarfsmeßzahl) vorbelastet. Die im einzelnen voneinander abweichenden Bestimmungen der Länder erstrecken sich auch auf die Berechnung der Realsteuerkraft an sich. Hier handelt es sich vornehmlich um die gesetzliche Festlegung des maßgebenden Stichtages oder Anschreibungszeitraumes für die Meßbeträge. Bei der Grundsteuer gelten als Berechnungsgrundlage für die Steuerkraft fast ausnahmslos die Meßbeträge, die bis zum 15. Sept. 1952 (oder 1. X., 15. XI. usw.) für das vergangene Rechnungsjahr angeschrieben worden sind, abzüglich der Meßbeträge für Grundstücke, bei denen die Steuer wegen Kriegszerstörungen oder Demontagen u.dgl. erlassen wurde.

Bei der Gewerbesteuer gehen dagegen nur Rheinland-Pfalz und Bayern von den Meßbeträgen aus. Da die Anschreibungen in den Meßbetragsverzeichnissen zeitlich nachhinken und damit Erhöhungen (oder Minderungen) der Gewerbesteuerkraft erst 2 bis 3 Jahre später wirksam werden, sind in den anderen Ländern die Grundbeträge, die sich aus dem (kassenmäßigen) Istaufkommen des abgelaufenen oder ablaufenden Kalender- bzw. Rechnungsjahres (dividiert durch den gemeindlichen Hebesatz mal Hundert) errechnen lassen, der Steuerkraft zugrunde gelegt. Mehr- oder Minderbelastungen einzelner Gemeinden oder Kreisteile (denen Einrichtungen des Kreises u.a. besonders zum Vorteil gereichen oder umgekehrt) werden unabhängig von der allgemeinen Berechnung vorgenommen. Weitere Unterschiede in der Umlagekraft ergeben sich durch die abweichende Festlegung der Anspannungssätze für die Realsteuern. In nachstehender Übersicht sind die Ansätze der Meßbeträge (Grundbeträge) für die Errechnung der Steuerkraftzahlen sowie der sonstigen Umlagegrundlagen länderweise gegenübergestellt.

3. Übersicht über die Berechnung der Umlagekraft im Rechnungsjahr 1953
in den Ländern des Bundesgebietes¹⁾
- vH der Grundlagen -

Grundlagen	Schles- wig- Hol- stein	Nieder- sachsen	Rhein- land- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Bayern
I. Steuerkraftmeßzahl						
Grundsteuer A: Meßbeträge	140	100	80	140	120	120
Grundsteuer B:						
die ersten 20 000 DM der Meßbeträge	140	120	120	130	120	120
die weiteren 100 000 DM " "	160	160	160	175	160	160
" " 400 000 DM " "	200	200	200	-	-	-
" " 1 000 000 DM " "	-	-	-	220	200	200
" " 2 000 000 DM " "	-	-	-	240	220	220
" " 4 000 000 DM " "	-	220	220	-	-	-
" " Meßbeträge	250	240	240	260	240	230
Grundsteuerergänzungszuschüsse/ -ausfallvergütungen			100			120-230 ²⁾
Gewerbesteuer:						
Meß(Grund-)beträge	200	200	200	245	225	220
Gewerbesteuerausgleich	+ 70	+ 50	+ 50	+ 100	+ 75	+ 50
	-	-	- 100	-	-	- 100
Verwaltungskostenzuschüsse von Bundesbahn und Bundespost						50
Bürgersteuerausgleichbeträge		100 ³⁾				
Vergnügungsteuer					100 ⁴⁾	
II. Zuweisungen und sonstige Umlagegrundlagen						
Schlüsselzuweisungen	100	100	100	75	100	100
Sonderzuweisungen		100				
Steuerkraft, die 150 vH der Bedarfsmeßzahl übersteigt				100		

1) Gesetzliche Bestimmungen siehe Anhang.- 2) Grundbeträge 1951.- 3) Soll 1952.- 4) Ist.

Die Sätze für die Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben liegen zwischen 80 vH (Nordrhein-Westfalen) und 140 vH (Schleswig-Holstein und Hessen). Bei der Grundsteuer von den Grundstücken sind sowohl Staffelung der Meßbeträge wie auch durchschnittliche Anspannungssätze verschieden. Letzteres gilt auch für Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital. Die Lohnsummensteuer bleibt bei der Ermittlung der Gewerbesteuerkraft unberücksichtigt. Die niedrigsten Ansätze für die einzelnen Steuerarten hat Nordrhein-Westfalen, so daß im Verhältnis zu den effektiven durchschnittlichen Hebesätzen ein relativ erheblicher Teil der Steuereinnahmen den kreisangehörigen Gemeinden verbleibt. Demgegenüber ist Hessen das Land, das die Steuerkraft am weitesten der tatsächlichen Anspannung angepasst hat, so daß den Gemeinden ein verhältnismäßig kleiner Spielraum verbleibt. Eine Zusammenstellung der gesetzlichen Vorschriften für die einzelnen Länder über die Umlageerhebung und ihre Berechnung ist als Anhang zu diesem Bericht gegeben. Die im einzelnen recht unterschiedlichen Bestimmungen machen einen länderweisen Vergleich der Umlagekraft nicht möglich, dieser muß sich vielmehr auf die Umlagekraft der Landkreise innerhalb der Länder beschränken.

Um aber trotzdem einen Überblick über die Umlagekraft der kreisangehörigen Gemeinden zu gewinnen, sind den Ergebnissen der Realsteuerkraftberechnung 1952 die entsprechenden Angaben entnommen. (Grundbeträge bei einheitlicher Anspannung). Da der Umlageberechnung 1953 die Meßbeträge nach dem Stand der Verzeichnisse vom Herbst des Vorjahres zugrunde liegen, geht die Verwendung der Ergebnisse von 1952 von der Erkenntnis aus, daß diese der Umlagekraft näher kommen als die Realsteuerkraft 1953. Außerdem wurden für die Bemessung der Steuerkraft die Grundbeträge mit Anspannungssätzen multipliziert, die der Umlageberechnung entsprechen. Die Tatsache, daß die vergleichbare Steuerkraft einschl. der Schlüsselzuweisungen z.T. höher und z.T. niedriger liegt als die Umlagekraft, ist darauf zurückzuführen, daß entweder die Steuerkraft bei der Umlageerhebung höher oder niedriger belastet ist, als hier unterstellt wurde, oder daß andere Umlagegrundlagen ergänzend zu Realsteuern und Schlüsselzuweisungen hinzutreten.

4. Die Steuerkraft der kreisangehörigen Gemeinden
im Rechnungsjahr 1952
- DM je Einwohner -

L a n d	Grundsteuer		Gewerbe- steuer und Ertrag u. Kapital	Real- steuer- kraft	Schlüssel- zuwei- sungen	Zusammen Sp. 4 + 5	Zum Vergleich: Umlage- kraft 1953
	A	B					
	1	2	3	4	5	6	7
Schleswig-Holstein	9,14	10,28	14,60	34,02	6,00	40,02	42,43
Niedersachsen	8,51	7,92	19,38	35,81	4,38	40,19	43,36
Nordrhein-Westfalen	4,80	13,51	38,21	56,52	11,57	68,09	63,15
Hessen	6,35	9,17	22,03	37,55	4,93	42,48	49,99
Rheinland-Pfalz	7,91	8,39	17,85	34,15	3,37	37,52	35,82
Baden-Württemberg	7,92	13,70	32,25	53,87	11,29	65,16	.
Bayern	8,36	6,67	15,96	30,99	5,86	36,85	35,98
Zusammen	7,31	10,20	24,99	42,50	7,54	50,04	.

Grundsteuer A: 120 vH, Grundsteuer B: 120-200 vH, Gewerbesteuer: 200 vH, Schlüsselzuweisungen: Ist 1952.

Die Zusammenstellung gewährt allerdings nur einen Überblick über die aus der Realsteuerkraft resultierende Umlagekraft für die Summe der Landkreise in den Ländern des Bundesgebietes. Sie gibt jedoch Aufschluß über ihre Zusammensetzung aus den einzelnen Maßstabsteuern. In landwirtschaftlichen Gebieten, in denen die Zahl der rein oder hauptsächlich agrarischen Kreise groß ist, nimmt die Bemessungsgrundlage der landwirtschaftlichen Grundsteuer naturgemäß einen breiten Raum ein, in Industriegebieten spielt dagegen die Gewerbesteuer eine hervorragende Rolle. Die Grundsteuer B erweist sich als weitgehend abhängig von der gewerblichen Durchsetzung der Gebiete. Kreise in der reinen Form des einen oder des anderen Typs kommen nur in verhältnismäßig geringer Zahl vor, besonders das Landesergebnis läßt die Wirtschaftsstruktur einzelner Landkreise nicht mehr erkennen. Unter dem Einfluß unterschiedlicher Ergiebigkeit der einzelnen Realsteuern haben jedoch die Länder mit einer breiten Gewerbesteuerbasis eine wesentlich höhere Umlagekraft als die übrigen. Die Landkreise in Nordrhein-Westfalen, die fast ausschließlich industrielles Gepräge haben, stehen mit

56,52 DM je Einwohner Realsteuerkraft an der Spitze aller Länder. Unterstützt wird die breite Gewerbesteuerbasis durch eine nur noch von den Landkreisen in Baden-Württemberg geringfügig über-
trophene Steuerkraft an Grundsteuer B.

Die Landkreise in Baden-Württemberg haben bei 53,87 DM je Einwohner eine ebenfalls noch weit über dem Bundesdurchschnitt stehende Realsteuerkraft zur Verfügung. Auch hier ist Gewerbesteuer und Grundsteuer B ausschlaggebend, wenn auch die landwirtschaftliche Grundsteuerkraft etwa der der anderen Länder angenähert ist. Nicht ohne Einfluß auf die Steuerkraft dieser beiden Länder ist, daß eine relativ große Zahl steuerstarker Gemeinden, die über 10 000, einige sogar über 50 000 Einwohner zählen, den Landkreisen angehört.

Niedersachsen, Hessen, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz verfügen pro Kopf der Landkreisbevölkerung gerechnet, über eine etwa gleich hohe Steuerkraft. Bayern bleibt aber hinter dem Bundesmittel und damit hinter den anderen Ländern zurück.

V. Die Umlageanspannung

Die Höhe des Umlagesatzes wird durch das Verhältnis zwischen Umlagebedarf und Bemessungsgrundlage bestimmt. Hohe Umlagesätze können sich sowohl auf Grund hohen Umlagebedarfs und niedriger Steuerkraft oder beidem ergeben, umgekehrt kann ein niedriger Umlagesatz die Folge niedrigen Kreisbedarfs und hoher Steuerkraft sein. Nach den Angaben der Sondererhebung ergeben sich für die Summe der Kreise in den einzelnen Ländern nachstehende Pro-Kopf-Beträge für den Kreisbedarf (Umlagesoll) und die Umlagekraft (ohne Baden-Württemberg):

	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Bayern
Umlagesoll (DM je Einwohner)	14,62	22,85	20,05	14,82	13,41	19,10
Umlagekraft (DM je Einwohner)	42,43	43,36	63,15	49,99	35,82	35,98

Die Gegenüberstellung begründet die Unterschiede der Umlageanspannung in den einzelnen Ländern des Bundesgebietes. Dem hohen Umlagebedarf in Niedersachsen und Bayern steht eine relativ geringe Steuerkraft gegenüber, während Nordrhein-Westfalen, das ebenfalls einen hohen Kreisbedarf nachweist, auf einer hohen Steuerkraft der umlagepflichtigen Gemeinden aufbauen kann. In den drei anderen Ländern ist wiederum der Umlagebedarf nicht so hoch und beträgt etwa ein Drittel der Umlagekraft. Das gleiche Bild ergibt sich, wenn die Umlageeinnahmen der Landkreise im Rechnungsjahr 1953 zu den Realsteuereinnahmen der kreisangehörigen Gemeinden im gleichen Zeitraum in Beziehung gesetzt werden. Für Niedersachsen und Bayern errechnet sich wiederum der höchste Anteil mit mehr als 40 vH.

Bayern	43,8 vH	Nordrhein-Westfalen	25,0 vH
Niedersachsen	41,2 vH	Rheinland-Pfalz	24,9 vH
Hessen	28,9 vH	Baden-Württemberg	22,2 vH
Schleswig-Holstein	27,4 vH	Bundesgebiet	29,8 vH

Einen umfassenden Überblick über die Höhe der Gesamtanspannung und ihre Streuung in den Regierungsbezirken (Ländern) vermittelt die nachstehende Übersicht. Die Gesamtanspannung ist nach den Angaben der Sondererhebung aus dem Verhältnis Umlagesoll: Umlagekraft errechnet, während im Übrigen für die Anspannung der einzelnen Umlagemassstäbe der einfache Durchschnitt (Übersicht 6) gebildet wurde.

Die Streuungsübersicht läßt die Ungleichheit in der Höhe der Umlageanspannung zwischen den Ländern erkennen. Ein Vergleich der Sätze über die Ländergrenzen hinaus ist jedoch wegen der schon mehrfach erwähnten Verschiedenheiten in der Zusammensetzung des Umlagebedarfs und in der Berechnung der Umlagekraft nicht durchzuführen. Aber selbst innerhalb der Länder schwanken die Umlagesätze bei den Landkreisen z.T. erheblich.

5. Streuungsbild der Gesamtanspannung
- Umlagesoll in vH der Umlagekraft -

Regierungsbezirk	Zahl der Kreise mit einer Umlageanspannung														Durchschnitt - vH -
	bis 20,0	20,1 bis 25,0	25,1 bis 30,0	30,1 bis 35,0	35,1 bis 40,0	40,1 bis 45,0	45,1 bis 50,0	50,1 bis 55,0	55,1 bis 60,0	60,1 bis 65,0	65,1 bis 70,0	70,1 bis 75,0	75,1 und mehr		
	vH ihrer Umlagekraft														
<u>Schleswig-Holstein</u>	-	-	1	8	7	1	-	-	-	-	-	-	-	34,5	
<u>Niedersachsen</u>															
Reg. Bez. Hannover	-	-	-	-	-	-	1	2	5	1	-	-	-	55,8	
" " Hildesheim	-	-	-	-	-	1	3	5	-	2	-	-	-	52,4	
" " Lüneburg	-	-	-	-	-	-	-	7	2	-	-	-	-	54,7	
" " Stade	-	-	-	-	-	-	3	2	2	-	-	-	-	51,6	
" " Osnabrück	-	-	-	-	-	1	-	3	3	1	-	-	-	52,3	
" " Aurich	-	-	-	-	-	1	2	1	-	-	-	-	-	49,2	
Verw. " Braunschweig ...	-	-	-	-	-	-	-	5	1	-	-	-	-	52,4	
" " Oldenburg	-	-	-	-	-	-	6	-	-	-	-	-	-	48,9	
Land	-	-	-	-	-	3	15	25	13	4	-	-	-	52,7	
<u>Nordrhein-Westfalen</u>															
Reg. Bez. Düsseldorf	-	-	1	4	3	1	-	-	-	-	-	-	-	32,5	
" " Köln	-	-	4	2	1	-	-	-	-	-	-	-	-	29,9	
" " Aachen	-	-	1	6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	32,1	
" " Münster	-	-	5	5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	30,6	
" " Detmold	-	-	3	3	6	-	-	-	-	-	-	-	-	34,4	
" " Arnsberg	-	1	4	4	3	-	-	-	-	-	-	-	-	31,0	
Land	-	1	18	24	13	1	-	-	-	-	-	-	-	31,7	
<u>Hessen</u>															
Reg. Bez. Darmstadt	-	1	6	4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	27,3	
" " Kassel	-	-	3	12	-	-	-	-	-	-	-	-	-	32,4	
" " Wiesbaden	-	-	5	7	1	-	-	-	-	-	-	-	-	30,6	
Land	-	1	14	23	1	-	-	-	-	-	-	-	-	29,6	
<u>Rheinland-Pfalz</u>															
Reg. Bez. Koblenz	-	-	2	3	3	3	-	-	-	-	-	-	-	34,6	
" " Trier	-	-	1	2	1	2	1	-	-	-	-	-	-	36,4	
" " Montabaur	-	-	-	-	2	1	-	1	-	-	-	-	-	41,8	
" " Rheinhessen	-	-	2	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-	30,1	
" " Pfalz	-	-	-	-	5	1	5	1	1	-	-	-	-	43,4	
Land	-	-	5	6	12	7	6	2	1	-	-	-	-	37,4	
<u>Bayern</u>															
Reg. Bez. Oberbayern	-	-	-	-	1	2	6	6	8	3	-	-	-	51,4	
" " Niederbayern ...	-	-	-	-	-	-	-	-	1	6	6	1	8	68,3	
" " Oberpfalz	-	-	-	-	-	-	-	3	7	2	4	3	-	60,1	
" " Oberfranken	-	-	-	2	1	2	6	4	1	1	-	-	-	46,2	
" " Mittelfranken ...	-	-	-	-	-	1	5	7	-	4	-	-	-	52,6	
" " Unterfranken ...	-	-	-	-	1	2	6	1	5	5	2	-	-	52,0	
" " Schwaben	-	-	-	-	3	3	6	4	4	-	-	-	-	47,1	
Land	-	-	-	2	6	10	29	25	26	21	12	4	8	53,1	

In Hessen haben die Kreisverwaltungen - mit einer Ausnahme - durchweg einen einheitlichen Satz für alle Umlagegrundlagen festgelegt. Der Durchschnitt der Umlagesätze (Gesamtanspannung, d.h. Umlagesoll gemessen an der Umlagekraft) errechnet sich für das Land mit 29,6 vH. 34 Landkreise liegen über diesem Landesmittel und 5 darunter. Auch zwischen den einzelnen Regierungsbezirken sind die Unterschiede in der durchschnittlichen Anspannung verhältnismäßig gering. Der Bezirk Darmstadt

liegt mit 27,3 vH nicht sehr viel tiefer als Wiesbaden (30,6 vH) und Kassel (32,4 vH). Entsprechend ist auch die Streubreite der Umlagesätze nicht groß. Der niedrigste Satz von 22 vH wird nur von einem Landkreis angewandt (dessen Gemeinden eine außerordentlich hohe Steuerkraft haben), obwohl der höchste Kreisbedarf pro Einwohner gegenübersteht, und mit dem höchsten Satz von 35 vH wird die Umlage von 2 Landkreisen erhoben. Die Mehrzahl der Kreise bewegt sich jedoch in unmittelbarer Nähe des Durchschnittes, so daß sich für Hessen ein weitgehend einheitliches Bild der Umlagesätze ergibt.

6. Umlageanspannung der Landkreise des Bundesgebietes im RJ.1953
nach Regierungsbezirken
- Umlagesatz in vH -

Regierungsbezirk	Grundsteuer A			Grundsteuer B			Gewerbsteuer Ertrag u. Kapital			Schlüssel- zuweisungen		
	höch- ster	nied- rig- ster	Durch- schnitt 1)	höch- ster	nied- rig- ster	Durch- schnitt 1)	höch- ster	nied- rig- ster	Durch- schnitt 1)	höch- ster	nied- rig- ster	Durch- schnitt 1)
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
<u>Schleswig-Holstein</u>	44,0	29,0	35,0	42,0	30,0	35,3	41,0	30,0	35,9	41,0	25,0	34,5
<u>Niedersachsen</u>												
Reg. Bez. Hannover	62,0	50,0	57,6	62,0	50,0	56,4	62,0	50,0	56,4	62,0	44,0	53,9
" " Hildesheim ...	89,0	45,0	54,1	57,0	45,0	51,0	62,0	45,0	52,2	55,0	38,0	48,6
" " Lüneburg	58,0	51,0	54,7	58,0	51,0	54,7	58,0	51,0	54,7	58,0	51,0	54,7
" " Stade	60,0	46,0	52,4	60,0	46,0	52,4	60,0	46,0	52,4	60,0	46,0	52,4
" " Osnabrück ...	62,0	43,0	55,6	62,0	43,0	55,6	65,0	43,0	56,0	62,0	43,0	55,6
" " Aurich	56,0	45,0	50,3	56,0	45,0	50,3	56,0	45,0	50,8	50,0	39,0	44,0
Verw. " Braunschweig.	58,0	42,0	50,0	58,0	42,0	50,0	60,0	52,0	56,2	58,0	42,0	50,0
" " Oldenburg ...	50,0	46,0	48,8	50,0	46,0	48,8	50,0	46,0	48,8	50,0	46,0	48,8
Land	89,0	42,0	53,5	62,0	42,0	52,8	65,0	43,0	53,7	62,0	38,0	51,5
<u>Nordrhein-Westfalen</u>												
Reg. Bez. Düsseldorf ..	43,0	28,4	35,1	43,0	28,4	35,1	43,0	28,4	35,1	43,0	28,4	35,1
" " Köln	35,2	25,5	30,7	35,2	25,5	30,7	35,2	25,5	30,7	35,2	25,5	30,7
" " Aachen	34,0	30,0	32,4	34,0	30,0	32,4	40,0	30,0	33,7	34,0	30,0	32,4
" " Münster	33,0	29,0	30,8	33,0	29,0	30,8	33,0	29,0	31,1	33,0	29,0	30,8
" " Detmold	40,0	27,0	34,7	40,0	27,0	34,7	42,0	27,0	35,2	40,0	27,0	34,7
" " Arnsberg	35,8	25,0	31,8	35,8	25,0	31,8	35,8	25,0	32,0	35,8	25,0	31,8
Land	43,0	25,0	32,7	43,0	25,0	32,7	43,0	25,0	33,1	43,0	25,0	32,7
<u>Hessen</u>												
Reg. Bez. Darmstadt ...	32,0	22,0	29,2	32,0	22,0	29,2	32,0	22,0	29,2	32,0	22,0	29,2
" " Kassel	35,0	30,0	32,9	35,0	30,0	32,9	35,0	30,0	32,9	35,0	30,0	32,9
" " Wiesbaden	41,0	26,0	31,8	34,0	26,0	31,3	34,0	26,0	31,2	34,0	26,0	31,3
Land	41,0	22,0	31,5	35,0	22,0	31,3	35,0	22,0	31,3	35,0	22,0	31,3
<u>Rheinland-Pfalz</u>												
Reg. Bez. Koblenz	46,5	27,5	37,9	46,5	27,5	37,0	46,5	27,5	36,2	45,0	22,5	32,6
" " Trier	48,0	30,0	39,2	48,0	30,0	39,2	48,0	30,0	39,2	36,0	20,0	28,5
" " Montabaur ...	55,0	37,0	43,0	55,0	37,0	43,0	55,0	37,0	43,0	55,0	37,0	43,0
" " Rheinhessen .	38,0	25,5	31,2	38,0	25,5	31,2	38,0	25,5	31,2	38,0	20,0	29,9
" " Pfalz	60,0	36,8	45,7	60,0	36,8	45,7	60,0	36,8	45,7	50,0	32,5	40,7
Land	60,0	25,5	40,6	60,0	25,5	40,3	60,0	25,5	40,1	55,0	20,0	35,4
<u>Bayern</u>												
Reg. Bez. Oberbayern ..	70,0	40,9	55,3	66,1	36,9	54,1	72,0	36,9	52,0	63,0	10,0	48,6
" " Niederbayern	86,6	57,8	71,9	85,0	57,8	71,1	82,0	53,5	67,9	82,0	57,8	68,9
" " Oberpfalz ...	84,5	51,7	65,8	84,5	51,7	64,4	70,9	45,0	59,1	70,9	49,0	61,2
" " Oberfranken .	65,0	35,0	50,3	65,0	35,0	50,3	56,2	31,0	46,6	65,0	35,0	48,8
" " Mittelfranken	75,4	42,0	58,8	75,4	42,0	58,5	64,5	25,0	44,9	75,4	42,0	57,7
" " Unterfranken	72,5	35,4	55,9	72,5	35,4	55,0	72,5	35,0	52,3	70,0	35,4	53,3
" " Schwaben	64,8	37,2	51,7	64,8	37,2	51,7	60,0	26,4	44,3	66,8	25,0	49,0
Land	86,6	35,0	58,6	85,0	35,0	57,9	82,0	25,0	52,9	82,0	10,0	55,3

1) Einfacher Durchschnitt.

Nächst Hessen zeigen auch die Landkreise in Nordrhein-Westfalen eine verhältnismäßig niedrige Umlageanspannung. Das Umlagesoll errechnet sich mit einem Anteil von 31,7 vH an der Umlagekraft. Auch in Nordrhein-Westfalen herrscht überwiegend eine gleichmäßige Belastung der Umlagegrundlagen vor. Nur 4 der 57 Landkreise haben von der im Gesetz vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Sätze für einzelne Maßstabsteuern oder die Schlüsselzuweisungen verschieden festzulegen. Die unterschiedliche Festsetzung wurde bei diesen ausschließlich wegen einer stärkeren Belastung der Gewerbesteuerkraft vorgenommen. Der einfache Durchschnitt für das Land (und entsprechend für die betreffenden Regierungsbetriebe) ergibt sich deshalb bei der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital mit 33,1 vH geringfügig höher als bei der Grundsteuer A, B und den Schlüsselzuweisungen, bei denen er sich mit 32,7 vH errechnet.

Im einzelnen streuen die Umlagesätze zwischen 25,0 und 43,0 vH. Über dem Landesdurchschnitt liegen 33 Kreise, von denen nur einer die Umlage mit 43 vH und nur 3, die sie mit 40,0 vH erheben. Die durchschnittlichen Umlagesätze für die Regierungsbezirke in Nordrhein-Westfalen sind ebenfalls ziemlich ausgeglichen. Die niedrigste Anspannung weist der Regierungsbezirk Köln mit 29,9 vH auf, die höchste die Regierungsbezirke Düsseldorf und Detmold mit 32,5 bzw. 34,4 vH.

In Schleswig-Holstein beträgt das Umlagesoll für die Summe der Kreise 34,5 vH der Umlagekraft. Der Umlagebedarf (pro Kopf der Bevölkerung) der einzelnen Kreise ist ziemlich ausgeglichen, ebenso die Umlagekraft, bei der nur vereinzelt höhere Beträge hervortreten. Entsprechend liegen die Umlagesätze innerhalb einer verhältnismäßig kleinen Spanne.

Bei einer Reihe von Kreisen sind jedoch die Sätze für die Maßstabsteuern und die Schlüsselzuweisungen verschieden festgesetzt. Die Belastung richtet sich nach der Zusammensetzung der Steuerkraft entsprechend der Wirtschaftsstruktur. So wird in fünf von den Kreisen, die die Sätze nicht einheitlich festlegen, die Gewerbesteuer, und von einigen zugleich die Grundsteuer stärker zur Umlage herangezogen, ein Landkreis belastet vor allem die Grundsteuerkraft von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben höher als die übrige Steuerkraft. Der Umlagesatz für die Grundsteuer A beträgt im einfachen Landesdurchschnitt 35,0 vH, für die Grundsteuer B 35,3 vH und für die Gewerbesteuer 35,9 vH. Von den Schlüsselzuweisungen, die die kreisangehörigen Gemeinden vereinnahmen, wird ein Anteil von 34,5 vH als Kreisumlage abgeschöpft.

Unterschiedliche Steuerkraft und unterschiedlicher Kreisbedarf führen in Rheinland-Pfalz zu einer breiten Streuung der Umlagesätze. Bei einer Beanspruchung der Umlagekraft von 37,4 vH im Landesdurchschnitt bewegt sich die Gesamtanspannung zwischen 25,4 vH und 56,7 vH in den einzelnen Kreisen. Die Umlagesätze für die Maßstabsteuern und Zuweisungen liegen sogar zwischen 20,0 und 60,0 vH. Dabei zeigt nur der Regierungsbezirk Montabaur (4 Kreise) einen einheitlichen Umlagesatz, in den anderen Regierungsbezirken, vor allem Trier, wird die Realsteuerkraft zugunsten der Maßstäbe Vergnügungsteuer und Schlüsselzuweisungen stärker zur Umlage herangezogen. Die Landkreise des Regierungsbezirkes Pfalz haben die höchste durchschnittliche Anspannung bei den Realsteuern von 45,7 vH. Ihnen folgen die Landkreise des Bezirkes Montabaur mit 43,0 vH, die auch die Schlüsselzuweisungen am stärksten heranziehen.

Der hohe Umlagebedarf der niedersächsischen Landkreise trifft in der Mehrzahl auf eine niedrige Steuer- und damit Umlagekraft der kreisangehörigen Gemeinden. Hieraus erklärt sich die hohe Gesamtanspannung der Umlagen von 52,7 vH. Sieht man die Gesamtanspannung zwischen 50 und 55 vH als dem Landesdurchschnitt entsprechend an, so liegen 13 Kreise darunter und 17 darüber. Die effektiven Umlagesätze streuen im einzelnen zwischen 38,0 und 89,0 vH.

Soweit die Landkreise in Niedersachsen von der Ermächtigung Gebrauch machen, die Hundertsätze von den Steuerkraftzahlen verschieden festzusetzen, werden größtenteils die Umlagesätze für die Gewerbesteuer höher bemessen. Bei einigen Landkreisen findet sich aber auch eine besondere Belastung der Grundsteuerkraft von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben. Jedoch wenden 43 der 60 niedersächsischen Landkreise einen einheitlichen Umlagesatz an, und zwar ausnahmslos die der Regierungsbezirke Lüneburg, Stade und Oldenburg.

Die durchschnittlichen Umlagesätze für das Land ergeben sich bei der Grundsteuer A mit 53,5 vH, bei der Grundsteuer B mit 52,8 vH, der Gewerbesteuer mit 53,7 vH, der Schlüsselzuweisungen mit 51,5 vH,

der Bürgersteuer (Ausgleichsbeträge) mit 52,3 vH und der Sonderzuweisungen mit 51,5 vH. Die Kreise des Regierungsbezirkes Hannover haben den höchsten Durchschnittssatz für die Realsteuerkraft, die des Regierungsbezirkes Osnabrück für die Schlüsselzuweisungen.

Ergänzend muß noch erwähnt werden, daß teilweise der 7 1/2%ige Anteil der kreisangehörigen Gemeinden an der Kriegsfolgenhilfe nicht speziell abgegolten, sondern auf dem Weg über die allgemeine Kreisumlage erhoben wird, die dadurch um einige Grade höher liegt.

Etwa auf gleicher Höhe wie in Niedersachsen liegt die Umlagegesamtsanspannung der bayerischen Kreise. Entsprechend der ungleichen Wirtschaftsstruktur in den einzelnen Teilen des Landes treten hier die Unterschiede zwischen steuerstarken und steuerschwachen Kreisen, hohem und niedrigem Umlagebedarf besonders stark in Erscheinung. Bayern weist nicht nur die größte Streuung in der Gesamtsanspannung, die sich für das Land durchschnittlich mit 53,1 vH errechnet, sondern auch die größte Streuung der Umlagesätze für die Bemessungsgrundlagen auf. Es finden sich bei den 143 Kreisen sowohl Sätze von 10 vH wie auch von 85 und mehr vH. Diese außerordentlichen Unterschiede in der Belastung der Steuern oder Zuweisungen beruhen vielfach auf der Zusammensetzung der Bemessungsgrundlagen, d.h. dem Verhältnis der Maßstäbe zueinander. Die Anspannung ist im wesentlichen den wirtschaftlichen Gegebenheiten angepaßt, wodurch die Grundsteuer - sowohl A wie B - entsprechend ihrer finanziellen Bedeutung, stärker belastet wird. In anderen Ländern beruht die Umlagekraft der Gemeinden mehr auf der Gewerbesteuerkraft.

Aus der Erwägung heraus, der partiellen Steuerkraft Rechnung zu tragen, tritt deshalb stärker als in anderen Ländern die Verwendung einheitlicher Umlagesätze zurück; 63 Landkreise variieren die Sätze für die Steuerkraftzahlen oder Schlüsselzuweisungen.

Abgesehen davon, bestehen in der Höhe der Umlageanspannung selbst zwischen den Regierungsbezirken Bayerns große Abweichungen. Niederbayern hat eine Gesamtsanspannung von 68,3 vH, Oberpfalz eine solche von 60,1 vH, demgegenüber weisen Oberfranken nur 46,2 vH und Schwaben 47,1 vH nach.

Erläuterungen zu den verwendeten Begriffen mit einem Beispiel
für die Berechnung der Umlage

1) Umlagebedarf (Umlagesoll)

Der Umlagebedarf ist die Summe aller Ausgaben eines Landkreises, abzüglich aller Einnahmen der Kämmererverwaltungszweige (spezielle Deckungsmittel, Darlehen von Gebietskörperschaften und verwaltungszweiggebundene Zuweisungen), und aller Einnahmen aus eigenen Steuern oder Steueranteilen, steuerähnlichen Einnahmen, dem Erwerbsvermögen und den allgemeinen Finanzzuweisungen (allgemeine Deckungsmittel ohne Umlagesinnahmen). Der Umlagebedarf entspricht dem Umlagesoll und ist durch Zahlungen der umlagepflichtigen kreisangehörigen Gemeinden zu decken.

2) Umlagekraft (Umlagegrundlage)

Mit Umlagekraft wird die Summe bezeichnet, die sich aus der Realsteuerkraft der kreisangehörigen Gemeinden - Meßbeträge (Grundbeträge) der Grundsteuer A, B und der Gewerbesteuer multipliziert mit einheitlichem Hebesatz - (ggf. dem Istaufkommen anderer Gemeindesteuern) - und den Isteinnahmen oder anrechenbaren Anteilen an Schlüsselzuweisungen, Bürgersteuerausgleichsbeträgen, Sonderzuweisungen und dergleichen ergibt. Die Addition der einzelnen Steuerkraftzahlen stellt die Umlagekraft dar.

3) Umlageanspannung

Die Umlageanspannung wird durch den Prozentsatz ausgedrückt, der von den einzelnen Steuerkraftzahlen oder Zuweisungen oder bei einheitlichem Umlagesatz von der Umlagekraftsumme erhoben wird.

Beispiel für die Berechnung der Kreisumlage des Landkreises X

I. Umlagebedarf/Umlagesoll

Bruttoausgaben (ohne Erstattungen)		1 641 000	DM
Zuweisungen und Darlehen von Gemeinden	-	123 000	"
Bereinigte Ausgaben		1 518 000	DM
Zuweisungen und Darlehen von Land	-	288 000	"
Eigenausgaben		1 230 000	DM
Spezielle Deckungsmittel	-	192 000	"
Zuschußbedarf		1 038 000	DM
Allgemeine Deckungsmittel			
Hundesteuer	17 000	DM	
Sonstige Steuern	72 000	"	
Allgemeine Finanzaufweisungen			
Einnahmen	387 000	DM	
Ausgaben	65 000	"	
Umlageausgaben	- 197 000	"	
Überschüsse wirtschaftlicher Unternehmen	35 000	"	
Erträge allgemeines Kapital- und Grundvermögen	-		
		249 000	DM
Umlagebedarf/Umlagesoll		789 000	DM

II. Umlagekraft (Umlagegrundlagen)

Steuerkraftzahlen			
Grundsteuer A			
Meßbeträge	393 000 x 140 vH	=	550 200 DM
Grundsteuer B			
Meßbeträge	470 800 x 120-250 vH	=	750 000 DM
Gewerbesteuer Ertrag u. Kapital			
Meß(Grund)beträge	372 500 x 250 vH =	931 250	
+ Gewerbesteuerausgleich	28 550	=	959 800 DM
	Zusammen	2 260 000	DM
Schlüsselzuweisungen		370 000	DM
Umlagekraft		2 630 000	DM

III. Umlageanspannung

a) Einheitlicher Hebesatz 30 vH von	2 630 000 DM	=	789 000 DM
b) oder bei unterschiedlichen Sätzen (Endzahlen abgerundet)			
Grundsteuer A:	27,5 vH von 550 200	=	151 300 DM
Grundsteuer B:	30,0 vH von 750 000	=	225 000 DM
Gewerbesteuer Ertrag u. Kapital:	32,0 vH von 959 800	=	307 200 DM
Schlüsselzuweisungen:	28,5 vH von 370 000	=	105 500 DM
	Zusammen	789 000	DM

Landkreis	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlagesoll)			Umlagesatz ¹⁾ : vH der					
	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	in vH d. Um- lage- kraft	Steuerkraftzahlen		Gewer- be- steuer	son- stigen Steuern	Schlüs- selzu- weisun- gen	son- stigen Zuweil- sungen
						Grund- steuer	A				
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Schleswig-Holstein											
Eckernförde	2 975	39,57	1 160	15,43	39,0	39	39	39	-	39	-
Eiderstadt	1 252	55,81	536	23,92	42,9	44	42	41	-	41	-
Eutin	4 187	44,26	1 549	16,38	37,0	37	37	37	-	37	-
Flensburg-Land	2 481	36,52	943	13,88	38,0	38	38	38	-	38	-
Hsgt.-Lauenburg	5 871	42,73	1 708	12,43	29,1	30	30	30	-	25	-
Husum	2 822	41,37	1 016	14,89	36,0	36	36	36	-	36	-
Norderdithmarschen	2 937	43,75	1 145	17,06	39,0	39	39	39	-	39	-
Oldenburg	4 551	51,35	1 429	16,12	31,4	31	31	32	-	31	-
Pinneberg	8 660	45,22	2 949	15,40	34,1	29	34	36	-	29	-
Plön	4 405	38,85	1 409	12,43	32,0	32	32	32	-	32	-
Rendsburg	6 518	39,11	2 281	13,69	35,0	35	35	35	-	35	-
Schleswig	4 645	41,82	1 626	14,64	35,0	35	35	35	-	35	-
Segeberg	3 703	37,24	1 326	13,34	35,8	35	35	38	-	35	-
Steinburg	6 351	47,02	2 040	15,10	32,1	30	33	33	-	30	-
Stormarn	8 473	39,87	1 814	13,22	33,1	31,5	31,5	36	-	31,5	-
Süderdithmarschen	3 500	41,87	1 295	15,49	37,0	37	37	37	-	37	-
Südtondern ²⁾	2 711	43,83	942	15,23	34,7	36	36	36	-	36	-
Land Schlesw.-Holst.	73 042	42,43	25 170	14,62	34,5	35,0	35,3	35,9	-	34,5	-
Niedersachsen											
Grafsch. Diepholz	2 221	29,22	1 377	18,12	62,0	62	62	62	62	62	62
Grafsch. Hoya	4 407	36,04	2 380	19,46	54,0	54	54	54	54	54	54
Grafsch. Schaumburg	3 000	35,62	1 763	20,93	58,8	62	58	58	58	58	58
Hameln-Pyrmont	3 610	41,25	1 991	22,75	55,2	60	53,9	53,9	53,9	53,9	53,9
Hannover-Land	9 771	63,29	5 445	35,27	55,7	57	57	57	44	44	-
Neustadt a/Rbge	3 143	45,51	1 666	24,12	53,0	53	53	53	53	53	53
Mienburg	4 652	42,95	2 326	21,48	50,0	50	50	50	50	50	50
Schaumburg-Lippe	3 432	41,99	2 059	25,19	60,0	60	60	60	60	60	60
Springe	2 527	39,11	1 501	23,23	59,4	60	60	60	60	50	50
Reg. Bez. Hannover	36 763	43,34	20 508	24,18	55,8	57,6	56,4	56,4	55,0	53,9	55,1
Alfeld	4 700	52,30	2 286	25,44	48,6	50	50	50	38	38	38
Duderstadt	1 648	40,20	843	20,56	51,1	52	52	52	52	45	45
Einbeck	2 032	45,15	1 057	23,48	52,0	52	52	52,5	52	52	52
Göttingen	2 207	35,55	1 214	19,55	55,0	55	55	55	55	55	55
Hildesheim-Mbg.	5 194	43,91	2 649	22,39	51,0	50	50	52	50	50	50
Holzminde	4 136	46,03	2 068	23,01	50,0	50	50	50	50	50	50
Münden	1 927	42,52	1 013	22,35	52,6	49,5	49,5	56	49,5	49,5	49,5
Northeim	4 113	41,40	1 851	18,63	45,0	45	45	45	45	45	45
Osterode (Harz)	4 471	50,46	2 057	23,21	46,0	46	46	46	46	46	46
Peine	8 575	84,66	5 195	51,29	60,6	57	57	62	62	50	-
Zellerfeld	2 046	52,34	1 258	32,17	61,5	89	54	54	54	54	54
Reg. Bez. Hildesheim	41 049	50,07	21 490	26,22	52,4	54,1	51,0	52,2	50,3	48,6	48,5
Burgdorf	5 376	48,14	2 957	26,48	55,0	55	55	55	55	55	55
Celle	5 405	55,46	2 919	29,95	54,0	54	54	54	54	54	54
Fallingb. Hst.	2 470	36,90	1 260	18,82	51,0	51	51	51	91	51	51
Gifhorn	4 134	36,15	2 191	19,16	53,0	53	53	53	53	53	53
Harburg	3 971	34,77	2 184	19,12	55,0	55	55	55	55	55	55
Lüchow-Dannenberg	1 967	29,85	1 141	17,31	58,0	58	58	58	58	58	58
Lüneburg	2 258	37,04	1 242	20,37	55,0	55	55	55	55	55	55
Soltau	2 196	36,36	1 164	19,27	53,0	53	53	53	53	53	53
Uelzen	4 126	37,75	2 393	21,89	58,0	58	58	58	58	58	58
Reg. Bez. Lüneburg	31 904	39,82	17 451	21,78	54,7	54,7	54,7	54,7	54,7	54,7	54,7

1) Für Regierungsbezirke und Land: einfacher Durchschnitt. - 2) Gemeinden Westerland und Vyk Umlage-
satz 31 vH, alle übrigen Gemeinden 36 vH.

Landkreis	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlagesoll)			Umlagesatz ¹⁾ : vH der					
	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	in vH d. Um- lage- kraft	Steuerkraftzahlen		son- stigen Steuern	Schlüs- selzu- weisun- gen	son- stigen Zuwei- sungen	
						Grund- steuer	Gewer- be- steuer				
											A
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Bremervörde	2 449	32,68	1 323	17,65	54,0	54	54	54	54	54	54
Land Hadeln	2 441	35,27	1 367	19,75	56,0	56	56	56	56	56	56
Osterholz	2 479	35,83	1 488	21,50	60,0	60	60	60	60	60	60
Rotenburg	1 945	34,41	1 070	18,92	55,0	55	55	55	55	55	55
Stade	5 336	39,03	2 561	18,74	48,0	48	48	48	48	48	48
Verden	2 894	33,80	1 389	16,22	48,0	48	48	48	48	48	48
Wesermünde	2 420	30,64	1 113	14,10	46,0	46	46	46	46	46	46
Reg. Bez. Stade	19 965	34,95	10 310	18,05	51,6	52,4	52,4	52,4	52,4	52,4	52,4
Aschendorf-Hümmling	2 263	33,47	1 245	18,41	55,0	55	55	55	55	55	55
Bersenbrück	2 825	33,34	1 695	20,00	60,0	60	60	60	60	60	60
Grafsch. Bentheim	9 138	94,41	3 929	40,60	43,0	43	43	43	43	43	43
Lingen	2 477	37,46	1 338	20,23	54,0	54	54	54	54	54	54
Melle	1 740	41,40	1 027	24,43	59,0	59	59	59	59	59	59
Meppen	3 220	52,07	1 758	28,43	54,6	54,6	54,6	54,6	54,6	54,6	54,6
Osnabrück	4 531	39,25	2 582	22,37	57,0	57	57	57	57	57	57
Wittlage	1 008	34,78	640	22,08	63,5	62	62	65	64	62	62
Reg. Bez. Osnabrück	27 202	48,27	14 214	25,22	52,3	55,6	55,6	56,0	55,8	55,6	55,6
Aurich	2 859	39,99	1 287	18,00	45,0	45	45	45	45	45	45
Leer	5 052	39,86	2 439	19,24	48,3	50,2	50,2	52	39,5	39	39
Norden	3 249	41,37	1 756	22,36	54,0	56	56	56	56	42	42
Wittmund	1 747	31,76	874	15,88	50,0	50	50	50	50	50	50
Reg. Bez. Aurich	12 908	38,90	6 355	19,15	49,2	50,3	50,3	50,8	47,6	44,0	44,0
Blankenburg (Rest)	666	41,53	346	21,60	52,0	52	52	52	52	52	52
Braunschweig	2 602	38,21	1 421	20,86	54,6	50	50	60	50	50	50
Gandersheim	3 442	40,51	1 824	21,47	53,0	53	53	53	53	53	53
Goslar	1 702	35,99	987	20,88	58,0	58	58	58	58	58	58
Helmstedt	7 332	58,89	3 719	29,87	50,7	42	42	56	42	42	42
Wolfenbüttel	7 368	52,21	3 804	26,96	51,6	45	45	58	45	45	45
Verw. Bez. Braunschweig	23 111	47,95	12 102	25,11	52,4	50,0	50,0	56,2	50,0	50,0	50,0
Ammerland	2 738	38,40	1 369	19,20	50,0	50	50	50	50	50	50
Cloppenburg	3 340	36,23	1 537	16,66	46,0	46	46	46	46	46	46
Friesland	4 150	46,09	2 034	22,59	49,0	49	49	49	49	49	49
Oldenburg	2 572	35,97	1 260	17,63	49,0	49	49	49	49	49	49
Vechta	2 890	37,73	1 416	18,49	49,0	49	49	49	49	49	49
Wesermarsch	4 958	47,08	2 479	23,54	50,0	50	50	50	50	50	50
Verw. Bez. Oldenburg	20 649	40,73	10 095	19,91	48,9	48,8	48,8	48,8	48,8	48,8	48,8
Land Niedersachsen	213 551	43,36	112 523	22,85	52,7	53,5	52,8	53,7	52,3	51,5	51,5
<u>Nordrhein-Westfalen</u>											
Dinslaken	5 348	59,94	2 139	23,98	40,0	40	40	40	-	40	-
Düsseldorf-Mettmann	19 070	71,94	6 007	22,66	31,5	31,5	31,5	31,5	-	31,5	-
Geldern	3 797	50,59	1 633	21,75	43,0	43	43	43	-	43	-
Grevenbroich	9 096	60,57	3 002	19,99	33,0	33	33	33	-	33	-
Kempen-Krefeld	11 229	58,35	3 443	17,89	30,7	30,7	30,7	30,7	-	30,7	-
Kleve	5 589	60,93	2 180	23,76	39,0	39	39	39	-	39	-
Moers	17 570	67,84	5 499	21,23	31,3	31,3	31,3	31,3	-	31,3	-
Rees	5 541	67,92	2 178	26,69	39,3	39,3	39,3	39,3	-	39,3	-
Rhein-Wupper-Kreis	24 773	108,91	7 036	30,93	28,4	28,4	28,4	28,4	-	28,4	-
Reg. Bez. Düsseldorf	102 014	71,25	33 116	23,13	32,5	35,1	35,1	35,1	-	35,1	-

1) Für Regierungsbezirke und Land: einfacher Durchschnitt.

Landkreis	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlagesoll)			Umlagesatz ¹⁾ : vH der					
	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	in vH d. Um- lage- kraft	Steuerkraftzahlen		son- stigen Steuern	Schlüs- selzu- weisun- gen	son- stigen Zuwei- sungen	
						Grund- steuer	Gewer- be- steuer				
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Bergheim (Erft)	6 672	69,20	2 348	24,35	35,2	35,2	35,2	35,2	-	35,2	-
Bonn	10 117	63,76	2 580	16,26	25,5	25,5	25,5	25,5	-	25,5	-
Buskirchen	5 639	58,71	1 889	19,67	33,5	33,5	33,5	33,5	-	33,5	-
Köln	13 484	84,11	3 843	23,97	28,5	28,5	28,5	28,5	-	28,5	-
Oberberg-Kreis	7 831	64,20	2 741	22,47	35,0	35	35	35	-	35	-
Rhein. Berg. Kreis	10 109	60,63	3 033	18,19	30,0	30	30	30	-	30	-
Siegkreis	12 297	58,99	3 320	15,93	27,0	27	27	27	-	27	-
Reg. Bez. Köln	66 149	65,58	19 753	19,58	29,9	30,7	30,7	30,7	-	30,7	-
Aachen	15 336	65,73	4 601	19,72	30,0	30	30	30	-	30	-
Düren	9 639	76,46	3 290	26,10	34,1	31	31	40	-	31	-
Erkelenz	3 899	52,15	1 287	17,21	33,0	33	33	33	-	33	-
Jülich	3 568	58,34	1 177	19,25	33,0	33	33	33	-	33	-
Monschau	1 260	48,98	428	16,65	34,0	34	34	34	-	34	-
Schleiden	2 732	44,97	929	15,29	34,0	34	34	34	-	34	-
Selfkantkreis	6 628	64,28	2 121	20,57	32,0	32	32	32	-	32	-
Reg. Bez. Aachen	43 063	62,88	13 833	20,20	32,1	32,4	32,4	33,7	-	32,4	-
Ahaus	6 746	68,49	2 024	20,55	30,0	30	30	30	-	30	-
Beckum	9 310	66,41	2 914	20,78	31,3	31,3	31,3	31,3	-	31,3	-
Borken	3 924	51,47	1 177	15,44	30,0	30	30	30	-	30	-
Coesfeld	4 381	57,14	1 402	18,29	32,0	32	32	32	-	32	-
Lüdinghausen	6 278	52,22	1 946	16,19	31,0	31	31	31	-	31	-
Münster	5 257	56,90	1 735	18,78	33,0	33	33	33	-	33	-
Recklinghausen	16 488	61,44	4 946	18,43	30,0	30	30	30	-	30	-
Steinfurt	12 921	81,25	3 829	24,08	29,6	29	29	32 ²⁾	-	29	-
Tecklenburg	6 029	52,17	1 809	15,65	30,0	30	30	30	-	30	-
Warendorf	3 601	62,49	1 152	20,00	32,0	32	32	32	-	32	-
Reg. Bez. Münster	74 935	62,20	22 935	19,04	30,6	30,8	30,8	31,1	-	30,8	-
Bielefeld	6 776	62,62	2 710	25,05	40,0	40	40	40	-	40	-
Büren	2 543	42,79	956	16,09	37,6	36	36	42	-	36	-
Detmold	7 325	52,94	2 856	20,64	39,0	39	39	39	-	39	-
Halle	3 281	58,64	886	15,83	27,0	27	27	27	-	27	-
Herford	9 184	56,58	3 214	19,80	35,0	35	35	35	-	35	-
Höxter	4 406	47,56	1 564	16,89	35,5	35,5	35,5	35,5	-	35,5	-
Leigo	7 131	54,88	2 567	19,76	36,0	36	36	36	-	36	-
Lübbecke	3 674	46,24	1 213	15,26	33,0	33	33	33	-	33	-
Minden	10 192	55,49	3 567	19,42	35,0	35	35	35	-	35	-
Paderborn	6 558	58,41	1 967	17,52	30,0	30	30	30	-	30	-
Warburg	2 092	44,12	837	17,65	40,0	40	40	40	-	40	-
Wiedenbrück ³⁾	8 680	63,25	2 349	17,12	27,1	30	30	30	-	30	-
Reg. Bez. Detmold	71 841	54,97	24 687	18,89	34,4	34,7	34,7	35,2	-	34,7	-
Altena	11 927	81,57	4 055	27,73	34,0	34	34	34	-	34	-
Arnsberg	7 519	63,76	2 030	17,22	27,0	27	27	27	-	27	-
Brilon	3 247	45,96	974	13,79	30,0	30	30	30	-	30	-
Ennepe-Ruhr	15 284	65,95	4 209	18,16	27,5	27,5	27,5	27,5	-	27,5	-
Iserlohn	11 414	69,11	2 853	17,28	25,0	25	25	25	-	25	-
Lippstadt	5 432	60,19	1 946	21,57	35,8	35,8	35,8	35,8	-	35,8	-
Meschede	4 479	60,94	1 523	20,72	34,0	34	34	34	-	34	-
Olpe	5 030	57,20	1 660	18,88	33,0	33	33	33	-	33	-
Siegen	8 917	60,48	2 518	17,08	28,2	27	27	29	-	27	-
Soest	5 925	58,29	2 252	22,15	38,0	38	38	38	-	38	-
Unna	10 060	50,25	3 584	17,91	35,6	35,6	35,6	35,6	-	35,6	-
Wittgenstein	1 817	43,89	636	15,36	35,0	35	35	35	-	35	-
Reg. Bez. Arnsberg	91 051	61,77	28 241	19,16	31,0	31,8	31,8	32,0	-	31,8	-
Land Nordrhein-Westf.	449 054	63,15	142 565	20,05	31,7	32,7	32,7	33,1	-	32,7	-

1) Für Regierungsbezirke und Land: einfacher Durchschnitt.- 2) Gemeinde Rheine Umlagesatz 29 vH, alle übrigen Gemeinden 32 vH.- 3) Stadt Gütersloh Umlagesatz 23,5 vH, alle übrigen Gemeinden 30 vH.

Landkreis	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlagesoll)			Umlagesatz ¹⁾ : vH der					
	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	in vH d. Um- lage- kraft	Steuerkraftzahlen		son- stigen Steuern	Schlüs- selzu- weisun- gen	son- stigen Zuweil- nungen	
						Grund- steuer	Gewer- be- steuer				
											A
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Hessen											
Alsfeld	2 347	39,55	728	12,26	31,0	31	31	31	31	31	31
Bergstraße	7 699	44,51	2 464	14,24	32,0	32	32	32	32	32	32
Büdingen	3 519	41,29	915	10,74	26,0	26	26	26	26	26	26
Darmstadt	3 457	39,93	1 106	12,78	32,0	32	32	32	32	32	32
Dieburg	3 395	38,33	1 010	11,40	29,75	29,75	29,75	29,75	29,75	29,75	29,75
Erbach	4 027	61,44	1 289	19,66	32,0	32	32	32	32	32	32
Friedberg	6 785	47,95	1 900	13,42	28,0	28	28	28	28	28	28
Gießen	4 364	42,56	1 309	12,77	30,0	30	30	30	30	30	30
Groß-Gerau	21 086	59,05	4 639	34,99	22,0	22	22	22	22	22	22
Lauterbach	2 149	45,80	645	13,74	30,0	30	30	30	30	30	30
Offenbach	7 905	55,67	2 214	15,59	28,0	28	28	28	28	28	28
Reg. Bez. Darmstadt	66 733	59,38	18 217	16,21	27,3	29,2	29,2	29,2	29,2	29,2	29,2
Eschwege	3 390	48,21	1 119	15,91	33,0	33	33	33	33	33	33
Frankenberg	1 883	37,53	621	12,39	33,0	33	33	33	33	33	33
Pritzlar-Homberg	3 046	36,55	975	11,70	32,0	32	32	32	32	32	32
Fulda	2 774	29,51	832	8,85	30,0	30	30	30	30	30	30
Hersfeld	6 089	82,50	1 827	24,75	30,0	30	30	30	30	30	30
Hofgeismar	2 153	33,62	754	11,77	35,0	35	35	35	35	35	35
Hünfeld	1 505	41,33	512	14,05	34,0	34	34	34	34	34	34
Kassel	2 571	35,50	823	11,36	32,0	32	32	32	32	32	32
Marburg	2 924	30,89	994	10,50	34,0	34	34	34	34	34	34
Melsungen	1 907	38,89	658	13,41	34,5	34,5	34,5	34,5	34,5	34,5	34,5
Rotenburg	2 293	37,61	757	12,41	33,0	33	33	33	33	33	33
Waldeck	4 621	51,56	1 386	15,47	30,0	30	30	30	30	30	30
Witzenhausen	2 623	47,09	892	16,01	34,0	34	34	34	34	34	34
Wolfhagen	1 331	33,45	466	11,71	35,0	35	35	35	35	35	35
Ziegenhain	1 946	33,59	673	11,62	34,6	34,6	34,6	34,6	34,6	34,6	34,6
Reg. Bez. Kassel	41 056	41,38	13 287	13,39	32,4	32,9	32,9	32,9	32,9	32,9	32,9
Biedenkopf	2 028	36,31	690	12,35	34,0	34	34	34	34	34	34
Dillkreis	4 415	49,88	1 351	15,26	30,6	30,6	30,6	30,6	30,6	30,6	30,6
Gelnhausen	2 750	34,77	880	11,13	32,0	32	32	32	32	32	32
Hanau	3 954	47,65	1 186	14,30	30,0	30	30	30	30	30	30
Limburg	3 622	44,60	1 087	13,38	30,0	30	30	30	30	30	30
Main-Taunus	5 178	49,63	1 553	14,89	30,0	30	30	30	30	30	30
Oberlahn	1 977	34,96	672	11,89	34,0	34	34	34	34	34	34
Obertaunus	6 226	71,29	1 619	18,53	26,0	26	26	26	26	26	26
Rheingau	2 985	53,22	896	15,96	30,0	30	30	30	30	30	30
Schlüchtern	1 663	38,30	532	12,26	32,0	32	32	32	32	32	32
Untertaunus	2 312	43,60	812	15,32	35,1	41	34	33	33	34	35
Usingen	930	34,56	298	11,06	32,0	32	32	32	32	32	32
Wetzlar	7 253	55,36	2 306	17,60	31,8	31,8	31,8	31,8	31,8	31,8	31,8
Reg. Bez. Wiesbaden	45 293	47,86	13 882	14,67	30,6	31,8	31,3	31,2	31,2	31,3	31,3
Land Hessen	153 082	49,99	45 386	14,82	29,6	31,5	31,3	31,3	31,3	31,3	31,3

1) Für Regierungsbezirke und Land: einfacher Durchschnitt.

Landkreis	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlagesoll)			Umlagesatz ¹⁾ : vH der					
	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	in vH d. Um- lage- kraft	Steuerkraftzahlen			son- stigen Steuern	Schlüs- selzu- weisun- gen	son- stigen Zuwei- sungen
						Grund- steuer	Gewer- be- steuer	8			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Rheinland-Pfalz											
Ahrweiler	2 951	37,70	786	10,04	26,6	27,5	27,5	27,5	22,5	22,5	-
Altenkirchen (Ww.)	2 885	27,24	1 138	10,75	39,5	41	41	41	41	32,7	-
Birkenfeld	3 118	36,62	1 001	11,76	32,1	32,1	32,1	32,1	32,1	32,1	-
Cochem	1 246	28,27	422	9,57	33,8	33,8	33,8	33,8	33,8	33,8	-
Koblenz	2 580	36,36	1 072	15,11	41,6	42	42	42	42	34	-
Kreuznach	5 406	44,51	1 742	14,35	32,2	40,9	30,7	30,7	30,7	30,7	-
Mayen	4 644	41,30	1 327	11,80	28,6	30	30	28	30	24	-
Neuwied	5 975	47,01	2 151	16,92	36,0	36	36	36	36	36	-
St. Goar	1 581	31,25	711	14,06	45,0	45	45	45	45	45	-
Simmern	1 180	28,09	531	12,63	45,0	46,5	46,5	46,5	46,5	37	-
Zell	1 229	32,96	463	12,43	37,7	42	42	35	35	31,5	-
Reg. Bez. Koblenz	32 795	37,47	11 345	12,96	34,6	37,9	37,0	36,2	35,9	32,6	-
Bernkastel	1 663	29,39	600	10,60	36,1	37,2	37,2	37,2	37,2	28,1	-
Bitburg	1 482	27,59	406	7,56	27,4	30	30	30	30	20	-
Daun	1 049	26,98	478	12,29	45,5	48	48	48	48	36	-
Prüm	1 092	27,70	359	9,10	32,9	35,4	35,4	35,4	28	29	-
Saarlouis	1 266	28,98	518	11,87	40,9	45	45	45	45	30	-
Trier	2 199	26,19	741	8,83	33,7	35,6	35,6	35,6	35,6	26,7	-
Wittlich	1 585	30,32	662	12,66	41,8	43,5	43,5	43,5	43,5	30	-
Reg. Bez. Trier	10 336	28,05	3 764	10,21	36,4	39,2	39,2	39,2	38,2	28,5	-
Oberwesterwald	1 581	24,89	869	13,69	55,0	55	55	55	55	55	-
St. Goarshausen	2 216	39,69	820	14,69	37,0	37	37	37	37	37	-
Unterlahn	1 826	31,99	776	13,60	42,5	42,5	42,5	42,5	42,5	42,5	-
Unterwesterwald	2 643	37,53	993	14,10	37,6	37,6	37,6	37,6	37,6	37,6	-
Reg. Bez. Montabaur	8 267	33,49	3 458	14,01	41,8	43,0	43,0	43,0	43,0	43,0	-
Alzey	2 272	35,79	863	13,60	38,0	38	38	38	38	38	-
Bingen	3 983	56,73	1 013	14,42	25,4	25,5	25,5	25,5	25,5	20	-
Mainz	3 113	45,04	848	12,27	27,2	27,2	27,2	27,2	27,2	27,2	-
Worms	2 230	46,34	763	15,85	34,2	34,2	34,2	34,2	34,2	34,2	-
Reg. Bez. Rheinhessen	11 598	46,22	3 487	13,89	30,1	31,2	31,2	31,2	31,2	29,9	-
Bergzabern	1 835	41,59	1 040	23,56	56,7	58	58	58	58	45	-
Frankenthal	1 907	36,43	944	18,03	49,5	49,5	49,5	49,5	49,5	49,5	-
Germersheim	2 364	33,57	946	13,43	40,0	40	40	40	40	40	-
Kaiserslautern	2 552	27,60	981	10,61	38,4	39,5	39,5	39,5	39,5	32,5	-
Kirchheimbolanden	1 340	38,37	658	18,83	49,1	50	50	50	40	40	-
Kusel	2 094	28,33	1 047	14,17	50,0	50	50	50	50	50	-
Landau i. d. Pfalz	2 203	36,08	1 042	17,07	47,3	47,9	47,9	47,9	47,9	34	-
Ludwigshafen	1 136	30,35	526	14,05	46,3	46,3	46,3	46,3	46,3	46,3	-
Neustadt a. d. Weinstr.	4 504	49,78	1 657	18,32	36,8	36,8	36,8	36,8	36,8	36,8	-
Pirmasens	2 889	39,41	1 083	14,78	37,5	37,5	37,5	37,5	37,5	37,5	-
Rockenhausen	1 196	29,01	480	11,65	40,1	40,1	40,1	40,1	40,1	40,1	-
Speyer	861	27,04	327	10,28	38,0	38	38	38	38	38	-
Zweibrücken	704	25,42	380	13,72	54,0	60	60	60	60	40	-
Reg. Bez. Pfalz	25 586	34,99	11 112	15,19	43,4	45,7	45,7	45,7	44,9	40,7	-
Land Rheinland-Pfalz	88 582	35,82	33 166	13,41	37,4	40,6	40,3	40,1	39,6	35,4	-

1) Für Regierungsbezirke und Land: einfacher Durchschnitt.

Landkreis	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlagesoll)			Umlagesatz ¹⁾ : vH der					
	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	in vH d. Um- lage- kraft	Steuerkraftzahlen		Gewer- be- steuer	son- stigen Steuern	Schlüs- selzu- weisun- gen	son- stigen Zuwei- sungen
						Grund- steuer	A B				
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Bayern											
Alchach	1 420	34,31	665	16,07	46,8	46,8	46,8	46,8	-	46,8	-
Altötting	3 981	53,45	2 048	27,50	51,5	57,2	57,2	48	-	57,2	-
Bad Aibling	1 807	41,36	1 030	25,58	57,0	57	57	57	-	57	-
Bad Tölz	1 962	51,99	965	25,58	49,2	49,2	49,2	49,2	-	49,2	-
Berchtesgaden	1 642	41,76	972	24,72	59,2	69	63	72	-	18,5	-
Dachau	2 361	38,77	1 133	18,61	48,0	48	48	48	-	48	-
Ebersberg	1 742	34,28	906	17,82	52,0	52	52	52	-	52	-
Erding	2 345	36,51	1 208	18,80	51,5	51,5	51,5	51,5	-	51,5	-
Freising	1 978	40,66	1 187	24,40	60,0	60	60	60	-	60	-
Fürstenfeldbruck	2 145	30,17	1 025	14,42	47,8	48	48	48	-	48	-
Garmisch-Partenkirchen	3 731	66,03	1 414	25,03	37,9	47,2	36,9	36,9	-	36,9	-
Ingolstadt	1 364	30,33	814	18,11	59,7	65	63	60	-	50	-
Landsberg	1 363	32,32	664	15,74	48,7	50	50	40	-	50	-
Laufen	1 747	31,41	881	15,84	50,4	57	57	45	-	46	-
Miesbach	3 218	44,50	1 522	21,05	47,3	58	46	44	-	49	-
Mühldorf	1 767	28,70	1 036	16,82	58,6	66,1	66,1	50,4	-	45,6	-
München	3 795	41,36	1 707	18,61	45,0	45	45	45	-	45	-
Pfaffenhöfen a.d.I.	1 974	37,75	1 023	19,57	51,8	51,5	51,5	51,5	-	54,6	-
Rosenheim	2 827	34,32	1 611	19,56	57,0	57	57	57	-	57	-
Schongau	1 810	47,73	1 116	29,43	61,7	61,7	61,7	61,7	-	61,7	-
Schrobenhausen	1 079	34,76	648	20,88	60,1	60,1	60,1	60,1	-	60,1	-
Starnberg	2 860	43,74	1 170	17,89	40,9	40,9	40,9	40,9	-	40,9	-
Traunstein	3 355	41,30	1 872	23,04	55,8	70	60	60	-	10	-
Wasserburg a. Inn	1 797	34,62	1 084	20,88	60,3	65	65	55	-	56	-
Weilheim	2 571	38,61	1 309	19,65	50,9	55	50	50	-	50	-
Wolfraatshausen	1 328	30,80	787	18,26	59,3	49,5	63	63	-	63	-
Reg. Bez. Oberbayern	57 967	39,46	29 797	20,28	51,4	55,3	54,1	52,0	-	48,6	-
Bogen	872	23,71	680	18,49	78,0	78	78	78	-	78	-
Deggendorf	1 485	26,85	892	16,13	60,1	60	60	60	-	60	-
Dingolfing	1 074	31,93	840	24,97	78,2	86,6	85	70	-	65,4	-
Eggenfelden	1 670	31,10	964	17,95	57,7	57,8	57,8	57,8	-	57,8	-
Grafenau	763	26,54	559	19,42	73,2	85	75	70	-	65	-
Griesbach	1 521	33,23	924	20,18	60,7	65	65	54	-	60	-
Kelheim	2 893	56,19	1 808	35,12	62,5	62,5	62,5	62,5	-	62,5	-
Kötzting	879	24,92	668	18,94	76,0	76	76	76	-	76	-
Landau a.d. Isar	1 141	33,07	797	23,09	69,8	69,8	69,8	69,8	-	69,8	-
Landshut	1 229	31,50	940	24,09	76,5	76,5	76,5	76,5	-	76,5	-
Mainburg	1 058	43,63	712	29,35	67,3	67,3	67,3	67,3	-	67,3	-
Mallersdorf	1 244	37,56	850	25,65	68,3	75,8	68,9	62,6	-	60,5	-
Passau	1 718	28,06	1 099	17,96	64,0	64	64	64	-	64	-
Pfarrkirchen	1 781	31,57	1 235	21,89	69,3	70	70	70	-	70	-
Regen	1 484	33,21	973	21,78	65,6	65,6	65,6	65,6	-	65,6	-
Rottenburg	828	32,09	651	25,23	78,6	79	79	77	-	79	-
Straubing	1 033	32,00	826	25,58	79,9	80	80	80	-	80	-
Viechtach	946	29,49	577	17,98	61,0	70	70	53,5	-	60	-
Vilsbiburg	1 366	32,70	836	20,00	61,2	63	66	54,4	-	66	-
Vilshofen	1 784	30,79	1 353	23,36	75,9	77	75	72	-	80	-
Wegscheid	584	24,24	479	19,88	82,0	82	82	82	-	82	-
Wolfstein	1 127	25,97	789	18,18	70,0	70	70	70	-	70	-
Reg. Bez. Niederbayern	28 482	31,96	19 450	21,82	68,3	71,9	71,1	67,9	-	68,9	-

1) Für Regierungsbezirke: einfacher Durchschnitt.

Landkreis	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlagesoll)			Umlagesatz ¹⁾ : vH der					
	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	in vH d. Um- lage- kraft	Steuerkraftzahlen		Gewer- be- steuer	son- stigen Steuern	Schlüs- selzu- weisun- gen	son- stigen Zuwei- sungen
						Grund- steuer	A B				
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
noch: Bayern											
Amberg	1 186	26,72	701	15,79	59,1	63,6	63,6	49	-	65,3	-
Beilngries	526	29,13	370	20,51	70,4	70,4	70,4	70,4	-	70,4	-
Burglengenfeld	2 001	46,40	1 122	26,03	56,1	56,1	56,1	56,1	-	56,1	-
Cham	1 195	29,72	617	15,34	51,6	51,7	51,7	51,7	-	51,7	-
Eschenbach	1 008	28,69	602	17,15	59,8	72	71	54	-	54	-
Kemnath	645	28,51	379	16,76	58,8	68	60	51	-	58	-
Nabburg	845	29,22	591	20,42	69,9	70	70	70	-	70	-
Neumarkt	836	24,52	490	14,38	58,6	62	62	65	-	49	-
Neunburg	492	27,84	369	20,85	74,9	84,5	84,5	63,5	-	70	-
Neustadt	1 683	32,81	916	17,85	54,4	59	59	48	-	59	-
Oberviechtach	368	23,35	270	17,13	73,3	70,9	70,9	70,9	-	70,9	-
Parsberg	992	27,40	558	15,40	56,2	65	65	50	-	50	-
Regensburg	2 255	27,67	1 444	17,72	64,0	64	64	64	-	64	-
Riedenburg	576	30,70	321	17,12	55,8	60	60	45	-	60	-
Roding	781	25,45	525	17,10	67,2	67,2	67,2	67,2	-	67,2	-
Sulzbach-Rosenberg	1 141	35,32	727	22,52	63,7	63,7	63,7	63,7	-	63,7	-
Tirschenreuth	2 301	38,86	1 191	20,11	51,8	52	52	52	-	52	-
Vohenstrauß	812	29,95	551	20,33	67,9	80	62	62	-	62	-
Waldmünchen	609	33,39	427	23,38	70,0	70	70	70	-	70	-
Reg. Bez. Oberpfalz	20 252	30,90	12 171	18,57	60,1	65,8	64,4	59,1	-	61,2	-
Bamberg	2 892	36,84	1 592	20,28	55,0	65	65	50	-	50	-
Bayreuth	1 616	33,38	808	16,69	50,0	50	50	50	-	50	-
Coburg	2 239	34,54	1 101	16,99	49,2	50	50	50	-	45	-
Ebermannstadt	691	24,74	373	13,36	54,0	54	54	54	-	54	-
Forchheim	1 032	24,63	513	12,24	49,7	49,7	49,7	49,7	-	49,7	-
Höchstadt a.d.A.	1 215	28,47	734	17,21	60,5	65	65	50	-	65	-
Hof	1 668	47,93	734	21,09	44,0	44	44	44	-	44	-
Kronach	2 807	35,15	1 347	16,87	48,0	48	48	48	-	48	-
Kulmbach	2 033	54,92	1 043	28,17	51,3	50	50	52	-	50	-
Lichtenfels	2 194	40,47	768	14,16	35,0	35	35	35	-	35	-
Münchberg	3 943	89,00	1 325	29,91	33,6	46,2	46,2	31	-	41	-
Mailsa	2 424	63,67	1 091	28,65	45,0	45	45	45	-	45	-
Pegnitz	1 054	28,60	573	15,54	54,3	59,2	59,2	40	-	59,2	-
Rehau	1 350	47,47	634	22,31	47,0	47	47	47	-	47	-
Stadtsteinach	595	27,54	298	13,77	50,0	50	50	50	-	50	-
Staffelstein	842	32,39	473	18,20	56,2	56,2	56,2	56,2	-	56,2	-
Wunsiedel	2 928	48,23	1 171	19,29	40,0	40	40	40	-	40	-
Reg. Bez. Oberfranken	31 524	41,15	14 578	19,03	46,2	50,3	50,3	46,6	-	48,8	-

1) Für Regierungsbezirke: einfacher Durchschnitt.

Landkreis	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlagesoll)			Umlagesatz ¹⁾ : vH der					
	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	in vH d. Um- lage- kraft	Steuerkraftzahlen		Gewer- be- steuer	son- stigen Steuern	Schlüs- selzu- weisun- gen	son- stigen Zuwei- sungen
						Grund- steuer	A B				
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
noch: Bayern											
Ansbach	1 483	27,89	723	13,60	48,7	55	63,5	42,5	-	43	-
Dinkelsbühl	1 236	33,39	636	17,18	51,5	60	60	45	-	60	-
Eichstätt	1 018	32,21	539	17,05	53,0	60	60	35	-	60	-
Erlangen	734	28,18	305	11,70	41,5	42	42	42	-	42	-
Feuchtwangen	1 061	29,60	571	15,93	53,8	61,2	61,2	40	-	61,2	-
Fürth	1 839	33,94	856	15,80	46,6	51	51	42	-	51	-
Gunzenhausen	1 281	29,81	647	15,05	50,5	50,7	50,7	50,7	-	50,7	-
Hersbruck	1 094	32,07	698	20,47	63,8	75,4	75,4	47,5	-	75,4	-
Hilpoltstein	885	27,74	472	14,80	53,4	64,4	64,4	25	-	64,4	-
Lauf (Pegnitz)	1 790	40,08	895	20,04	50,0	50	50	50	-	50	-
Neustadt a.d.A.	1 358	31,73	665	15,52	48,9	58,2	58,2	35	-	58,2	-
Nürnberg	1 500	33,77	795	17,89	53,0	64	50,2	47,5	-	64	-
Rothenburg o.d.T.	670	29,24	435	18,95	64,8	68	68	55	-	62	-
Scheinfeld	679	29,42	437	18,93	64,3	64,5	64,5	64,5	-	64,5	-
Schwabach	2 002	37,45	1 000	18,70	49,9	49,9	49,9	49,9	-	49,9	-
Uffenheim	1 421	32,71	867	19,95	61,0	61	61	61	-	61	-
Weissenburg i. Bay.	1 166	30,83	619	16,36	53,1	64,1	64,1	31	-	64,1	-
Reg. Bez. Mittelfranken											
Alzenau i. Ufr.	1 215	28,52	499	11,72	41,1	45	45	35	-	45	-
Aschaffenburg	1 998	33,30	973	16,22	48,7	48,7	48,7	48,7	-	48,7	-
Bad Kissingen	998	24,60	619	15,25	62,0	62	62	62	-	62	-
Bad Neustadt a.d.S.	1 194	36,90	552	17,06	46,2	46,5	46,5	46,5	-	46,5	-
Brückenau	704	35,62	437	22,10	62,0	70	70	55	-	55	-
Ebern	767	29,23	492	18,77	64,2	62	62	62	-	62	-
Gemünden	771	35,99	478	22,32	62,0	62	62	62	-	62	-
Gerolzhofen	1 254	30,14	707	17,00	56,4	55	55	55	-	55	-
Hammelburg	737	28,03	516	19,62	70,0	70	70	70	-	70	-
Haßfurt	1 496	34,75	838	19,46	56,0	61	61	49	-	63	-
Hofheim i. Ufr.	656	32,81	325	16,25	49,5	60	40	40	-	50	-
Karlstadt	1 270	31,46	673	16,67	53,0	53	53	53	-	53	-
Kitzingen	1 104	28,14	690	17,59	62,5	62,8	62,8	62,8	-	62,8	-
Königshofen i. Gr.	565	30,16	339	18,10	60,0	60	60	50	-	60	-
Lohr a. Main	1 262	37,22	581	17,12	46,0	46	46	46	-	46	-
Marktheidenfeld	1 242	31,56	621	15,77	50,0	50	50	50	-	50	-
Mellrichstadt	716	30,58	486	20,74	67,8	72,5	72,5	72,5	-	50	-
Miltenberg	1 340	37,31	764	21,27	57,0	57	57	57	-	57	-
Obernburg	2 560	49,96	1 101	21,48	43,0	43	43	43	-	43	-
Ochsenfurt	1 364	35,53	620	16,16	45,5	45,5	45,5	45,5	-	45,5	-
Schweinfurt	1 583	27,72	886	15,51	55,9	62	62	50	-	50	-
Würzburg	1 780	26,75	631	9,48	35,4	35,4	35,4	35,4	-	35,4	-
Reg. Bez. Unterfranken											
	25 574	32,49	13 826	16,90	52,0	55,9	55,0	52,3	-	53,3	-

1) Für Regierungsbezirke: einfacher Durchschnitt.

Landkreis	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlagesoll)			Umlagesatz ¹⁾ : vH der					
	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	in vH d. Um- lage- kraft	Steuerkraftzahlen		son- stigen Steuern	Schlüs- selzu- weisun- gen	son- stigen Zuwei- sungen	
						Grund- steuer	Gewer- be- steuer				
	1	2	3	4	5	A	B	8	9	10	11
noch: <u>Bayern</u>											
Augeburg	3 740	43,93	1 487	17,47	39,8	49	49	31	-	47,6	-
Dillingen a.d.D.	2 156	39,87	1 183	21,87	54,8	60	60	50	-	55	-
Donauwörth	1 925	33,68	717	12,54	37,2	37,2	37,2	37,2	-	37,2	-
Friedberg	1 282	35,32	542	14,95	42,3	46	46	35	-	46	-
Füssen	1 662	45,90	798	22,04	48,0	64,8	64,8	35	-	25	-
Günzburg	1 617	31,93	744	14,69	46,0	52,7	52,7	41	-	41	-
Illertissen	1 692	44,00	595	15,48	35,2	44,4	44,4	26,4	-	44,4	-
Kaufbeuren	1 317	35,30	737	19,77	56,0	56	56	56	-	56	-
Kempton (Allgäu)	2 526	47,36	1 189	22,29	47,1	47,1	47,1	47,1	-	47,1	-
Krumbach (Schwaben)	1 366	37,12	665	18,08	48,7	54,6	54,6	40	-	54,6	-
Marktoberdorf	1 792	45,42	1 039	26,34	58,0	58	58	58	-	58	-
Memmingen	1 799	35,79	901	17,92	50,1	50	50	50	-	50	-
Mindelheim	2 210	40,41	1 061	19,39	48,0	48	48	48	-	48	-
Neuburg a.d.D.	1 289	30,03	714	16,64	55,4	57	57	53	-	57	-
Neu-Ulm	1 568	35,56	785	17,80	50,1	50	50	50	-	50	-
Nördlingen	1 163	29,33	698	17,60	60,0	60	60	60	-	60	-
Schwabmünchen	1 400	33,99	714	17,33	51,0	50,9	50,9	50,9	-	50,9	-
Sonthofen	3 509	52,48	1 481	22,15	42,2	42,2	42,2	42,2	-	42,2	-
Wertingen	1 443	41,90	693	20,14	48,1	62	62	32	-	66,8	-
Lindau	1 525	38,42	661	16,64	43,3	43,3	43,3	43,3	-	43,3	-
Reg. Bez. Schwaben	36 980	39,40	17 404	18,54	47,1	51,7	51,7	44,3	-	49,0	-
Land Bayern	222 998	35,98	118 384	19,10	53,1	58,6	57,9	52,9	-	55,3	-

1) Für Regierungsbezirk und Land: einfacher Durchschnitt.

VII. Anhang

Gesetzliche Bestimmungen über die Erhebung der Kreisumlage in den Ländern des Bundesgebietes für das Rechnungsjahr 1953

Die Berechnungsgrundlagen der Kreisumlagen sind in den Finanzausgleichsgesetzen der Länder festgelegt. Nachstehend sind die für das Rechnungsjahr 1953 getroffenen Regelungen auszugsweise zusammengestellt (ohne Baden-Württemberg).

Schleswig-Holstein

Gesetz über den Finanzausgleich in Schleswig-Holstein vom 9. April 1953 (GVBl. S. 42)

I. Allgemeine Bestimmungen

Umlagen der Gemeindeverbände

§ 16 des o.a. Gesetzes

- (1) Soweit die sonstigen Einnahmen eines Kreises seinen Bedarf nicht decken, ist eine Umlage von den kreisangehörigen Gemeinden, gemeindefreien Grundstücken und Gutsbezirken zu erheben (Kreisumlage).
- (2) Die Kreisumlage wird für jedes Rechnungsjahr in Hundertsätzen der für die Gemeinden geltenden Steuerkraftzahlen (§ 4) sowie in einem Hundertsatz der Schlüsselzuweisungen (§ 2 Abs. 1) jedoch ohne die Sonderschlüsselzuweisungen (§ 2 Abs. 3) bemessen.
- (3) Werden die Hundertsätze, die der Kreis von den Steuerkraftzahlen der einzelnen Steuern als Kreisumlage erhebt (Umlagesätze), verschieden festgesetzt, so darf der höchste Umlagesatz den niedrigsten um nicht mehr als ein Drittel übersteigen. Bei stärkerer Abweichung eines Umlagesatzes bedarf der Umlagebeschluß der Genehmigung durch die Kommunalaufsichtsbehörde. Der Umlagesatz der Schlüsselzuweisungen darf nicht höher sein als der niedrigste Umlagesatz der Steuerkraftzahlen.
- (4) Der Umlagebeschluß bedarf der Genehmigung durch die Kommunalaufsichtsbehörde außerdem dann, wenn ein Umlagesatz auf mehr als ein Drittel festgesetzt werden soll.
- (5) Die geltenden Bestimmungen über die Mehr- oder Minderbelastung einzelner Kreisteile bleiben unberührt.
- (6) Die Kreisumlage ist monatlich zu zahlen. Für rückständige Beträge können mit Genehmigung des Innenministers Verzugszinsen erhoben werden. Die Höhe des Zinssatzes wird vom Innenminister in jedem Fall bei der Genehmigung festgesetzt.

II. Berechnung der Steuerkraftzahlen

§ 4 des o.a. Gesetzes

(2) Als Steuerkraftzahlen werden angesetzt:

1. bei der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben 140 vH der Meßbeträge,
2. bei der Grundsteuer von den Grundstücken

die ersten	20 000 DM der Meßbeträge mit	140 vH,
die weiteren	100 000 DM der Meßbeträge mit	160 vH,
die weiteren	400 000 DM der Meßbeträge mit	200 vH,
die weiteren	DM der Meßbeträge	mit 250 vH,

3. bei der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital 200 vH der Meßbeträge. Die Gewerbesteuerausgleichsbeträge werden mit 70 vH des im vergangenen Kalenderjahre gezahlten Betrages von den Steuerkraftzahlen der Betriebsgemeinden abgesetzt und den Steuerkraftzahlen der Wohnsitzgemeinden hinzugefügt.

(3) Wenn die Summe der Mehrbelastung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe in einer Gemeinde seit dem 1. Januar 1935 durch Umlagen von Deichverbänden und Wasser- und Bodenverbänden mehr als 40 vH der Summe der Steuermeßbeträge der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben in der Gemeinde beträgt, so ermäßigt sich die Steuerkraftzahl für diese Steuer um 20 vH des Mehrbetrages. Der Berechnung der Mehrbelastung ist der Jahresbetrag der Umlagen nach dem Stand vom 1. Dezember 1949 zugrunde zu legen. Die Vorschriften gelten entsprechend für die Steuerkraftzahlen der Grundsteuer von den Grundstücken mit der Maßgabe, daß bei Gemeinden mit mehr als 2 000 Einwohnern an die Stelle von 40 vH der Steuermeßbeträge der Satz von 60 vH tritt.

III. Meßbeträge

§ 4 des o.a. Gesetzes

(4) Als Meßbeträge sind anzusetzen:

1. die Meßbeträge der Grundsteuer nach dem Abschluß der Grundsteuermeßbetragsverzeichnisse vom 15. November des vergangenen Jahres.

Abgezogen wird dabei die Summe der Meßbeträge für Grundstücke oder Grundstücksteile mit zerstörten oder demontierten Gebäuden, die im Grundsteuermeßbetragsverzeichnis enthalten sind, für die aber die Grundsteuer auf Antrag erlassen werden mußte, wenn und soweit aus dem Grundstück im Erlaßzeitraum kein Nutzen gezogen worden ist (§ 33 Abs. 4 des Grundsteuergesetzes in der Fassung vom 10. August 1951 - BGBl. I S. 519 -). Grundsteuermeßbeträge, welche im letzten Anschreibungsjahr mit rückwirkender Kraft von den Finanzämtern angeschrieben sind, werden ebenfalls abgezogen, wenn

- a) sie auf nicht mehr als zwei Rechnungsjahre vor dem im letzten Anschreibungsjahr begonnenen Rechnungsjahr zurückwirken und
 - b) sie bei Gegenüberstellung von Zu- und Abgängen im Ergebnis dieser beiden Rechnungsjahre einen Abgang ergeben und
 - c) dieser Abgang 5 vH der Summe der Grundsteuermeßbeträge der Grundsteuer A und B nach dem vorletzten Abschluß der Meßbetragsverzeichnisse übersteigt.
2. die Gewerbesteuermeßbeträge, die sich ergeben, wenn das Einkommen an Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember des vergangenen Jahres durch den Hebesatz für das vergangene Rechnungsjahr geteilt wird. Der Innenminister ist im Einvernehmen mit dem Finanzminister ermächtigt zu bestimmen, von welchem Zeitpunkt ab die Gewerbesteuermeßbeträge nach den von den Finanzämtern geführten Meßbetragsverzeichnissen zu berechnen sind; für eine Übergangszeit kann neben den Meßbetragsverzeichnissen noch das Ist-Einkommen als Grundlage hinzugezogen werden. Der Innenminister erläßt im Einvernehmen mit dem Finanzminister die Richtlinien über die Berechnung der Gewerbesteuermeßbeträge.

Niedersachsen

Gesetz zur Regelung des Finanz- und Lastenausgleichs für das Rechnungsjahr 1953 vom 31. März 1953 (GVBl. S. 29)

I. Allgemeine Bestimmungen

Leistungen der Gemeinden und Landkreise untereinander

Kreisumlage

§ 24 des o.a. Gesetzes

- (1) Soweit die sonstigen Einnahmen eines Landkreises seinen Bedarf nicht decken, ist eine Umlage von den kreisangehörigen Gemeinden, gemeindefreien Grundstücken und Gutsbezirken zu erheben (Kreisumlage).
- (2) Die Kreisumlage wird bemessen in Hundertsätzen der für die Gemeinden (gemeindefreien Grundstücke, Gutsbezirke) geltenden Steuerkraftzahlen sowie in einem Hundertsatz ihrer Schlüsselzuweisungen und Sonderzuweisungen (§ 3 Abs. 3).
- (3) Für die Berechnung der Umlagegrundlagen gelten die Vorschriften des § 21 Abs. 2 bis 6 entsprechend.
- (4) Der Umlagebeschluß bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde. Werden die Hundertsätze, die der Kreis von den Steuerkraftzahlen der einzelnen Steuern und den Schlüsselzuweisungen (einschließlich Sonderzuweisungen - § 3 Abs. 3 -) als Kreisumlage erhebt (Umlagesätze), verschieden festgesetzt, so darf der höchste Umlagesatz den niedrigsten um nicht mehr als ein Drittel übersteigen. Die Aufsichtsbehörde kann Ausnahmen zulassen.
- (5) Wenn soziale oder schulische Veranstaltungen eines Landkreises ausschließlich oder in besonders hervorragendem oder besonders geringem Maße einzelnen Kreisteilen zustatten kommen, ist der

Kreis verpflichtet, diese Unterschiede bei der Heranziehung zur Kreisumlage angemessen zu berücksichtigen, soweit nicht gesetzliche Sonderregelungen, vertragliche Abmachungen oder andere Rechtstitel entgegenstehen. Kommt eine Einigung nicht zustande, so entscheidet eine Schiedsstelle, die in sinngemäßer Anwendung des § 4 Abs.2 des Gesetzes über die vorläufige Einführung eines Gastschulbeitrages vom 29. September 1950 (Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt S.55) zusammenzusetzen ist. Im übrigen gilt § 10 des preußischen Kreis- und Provinzialabgabengesetzes in der beim Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Fassung. Entgegenstehende landesrechtliche Vorschriften sind nicht mehr anzuwenden.

II. Berechnung der Steuerkraftzahlen

§ 21 des o.a. Gesetzes
(gilt sinngemäß auch für die Kreisumlage)

(2) Die Landesumlage wird bemessen in einem einheitlichen Hundertsatz der für die Gemeinden (gemeindefreien Grundstücke, Gutsbezirke) der Landkreise und der für die Stadtkreise festgesetzten Steuerkraftzahlen sowie ihrer Schlüsselzuweisungen und Sonderzuweisungen (§ 3 Abs.3). Es werden angesetzt:

a) als Steuerkraftzahl der Grundsteuer A die Meßbeträge mit 100 vH,

b) als Steuerkraftzahl der Grundsteuer B die Meßbeträge nach § 5 Buchst. b,

als Steuerkraftzahl der Grundsteuer B (von den Grundstücken)

die ersten	20 000 DM der Meßbeträge	mit 120 vH,
die weiteren	100 000 DM der Meßbeträge	mit 160 vH,
die weiteren	400 000 DM der Meßbeträge	mit 200 vH,
die weiteren	4 000 000 DM der Meßbeträge	mit 220 vH,
die weiteren	DM der Meßbeträge	mit 240 vH,

c) als Steuerkraftzahl der Gewerbesteuer die Meßbeträge der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital nach § 5 Buchst. c,

als Steuerkraftzahl der Gewerbesteuer die Meßbeträge
der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital

mit 200 vH

- die Gewerbesteuerausgleichszuschüsse werden mit 50 vH ihres Betrages von den Meßbeträgen der Betriebsgemeinden abgesetzt und den Meßbeträgen der Wohngemeinden hinzugefügt -

d) als Steuerkraftzahl der Bürgersteuerausgleichsbeträge das Soll der Bürgersteuerausgleichsbeträge für das vorangegangene Rechnungsjahr.

III. Meßbeträge

§ 21 des o.a. Gesetzes

(3) Für die Berechnung der Steuerkraftzahl der Grundsteuer A und B sind die Meßbeträge den Grundsteuermeßbetragsverzeichnissen nach dem Stande vom 15. November des vorangegangenen Rechnungsjahres zu entnehmen.

(4) Kriegszerstörte Gemeinden, denen Grundsteuerausfallentschädigung gewährt wird, können innerhalb von 3 Monaten seit Beginn des Umlagejahres beantragen, daß ihre Grundsteuermeßbeträge nicht dem Grundsteuermeßbetragsverzeichnis (Abs.3) entnommen, sondern in der Weise errechnet werden, daß das Istaufkommen der Grundsteuer A und B im vorangegangenen Rechnungsjahr durch den für diesen Zeitraum geltenden Hebesatz geteilt wird. Die Grundsteuerausfallentschädigung ist dem Grundsteuer-Istaufkommen nicht hinzuzurechnen.

(5) Die Gewerbesteuermeßbeträge sind in der Weise zu errechnen, daß das Istaufkommen der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital im vorangegangenen Rechnungsjahr durch den für den gleichen Zeitraum geltenden Hebesatz geteilt wird.

(6) § 6 Abs.2 letzter Satz ist auf das Grund- und Gewerbesteuer-Istaufkommen nach Abs.4 und 5 sinngemäß anzuwenden.

Als Istaufkommen rechnen alle in dem maßgebenden Zeitraum vereinnahmten Grundsteuern ohne Rücksicht darauf, für welchen Zeitraum sie gezahlt worden sind.

Nordrhein-Westfalen

Gesetz zur Regelung des Finanz- und Lastenausgleichs mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden für das Haushaltsjahr 1953 vom 5. Mai 1953 (GVBl. S. 253)

I. Allgemeine Bestimmungen

U m l a g e n

§ 20 des o.a. Gesetzes

(1) Soweit die sonstigen Einnahmen eines Landkreises den Bedarf nicht decken, ist eine Umlage von den kreisangehörigen Gemeinden, gemeindefreien Grundstücken und Gutsbezirken zu erheben (Kreisumlage).

(2) Die Kreisumlage wird in Hundertsätzen der für die Gemeinden (gemeindefreien Grundstücke, Gutsbezirke) geltenden Steuerkraftzahlen (§ 6) sowie in einem Hundertsatz der Schlüsselzuweisungen bemessen.

(3) Werden die Hundertsätze, die der Kreis von den Steuerkraftzahlen der einzelnen Steuern und der Grundsteuerergänzungszuschüsse und den Schlüsselzuweisungen als Kreisumlage erhebt (Umlagesätze), verschieden festgesetzt, so darf der höchste Umlagesatz den niedrigsten um nicht mehr als ein Drittel übersteigen. Bei stärkerer Abweichung eines Umlagesatzes bedarf der Umlagebeschluß der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.

(4) Der Umlagebeschluß bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde außerdem dann, wenn der Umlagesatz auf mehr als 30 vom Hundert festgesetzt oder gegenüber dem Vorjahr erhöht werden soll.

(5) Die geltenden Bestimmungen über die Mehr- oder Minderbelastung einzelner Kreisteile bleiben unberührt mit der Maßgabe, daß in § 10 Abs. 1 Satz 1 des Kreis- und Provinzial-Abgabe-Gesetzes in der zur Zeit geltenden Fassung das Wort "kann" durch das Wort "soll" ersetzt wird.

II. Berechnung der Steuerkraftzahlen

III. Meßbeträge

§ 6 des o.a. Gesetzes

(1) Die Steuerkraftmeßzahl wird ermittelt, indem die für die Gemeinde geltenden Steuerkraftzahlen der Grundsteuer und der Gewerbesteuer zusammengezählt werden.

(2) Als Steuerkraftzahlen werden angesetzt:

a) bei der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben die Meßbeträge mit 80 vom Hundert;

b) bei der Grundsteuer von den Grundstücken

die ersten	20 000 DM der Meßbeträge mit 120 vH,
die weiteren	100 000 DM der Meßbeträge mit 160 vH,
die weiteren	400 000 DM der Meßbeträge mit 200 vH,
die weiteren	4 000 000 DM der Meßbeträge mit 220 vH,
die weiteren	DM der Meßbeträge mit 240 vH;

c) die nach § 3 Absatz 1a zu gewährenden Grundsteuerergänzungszuschüsse.

Der Berechnung sind die von den Finanzämtern im Anschreibungsjahr 1952 angeschriebenen Grundsteuermeßbeträge zu Grunde zu legen nach Abzug der Meßbeträge, die auf die für das Haushaltsjahr 1951 wegen Kriegszerstörungen oder Demontagen erlassene Grundsteuer entfallen. Der Finanzminister und der Innenminister können statt dessen allgemein oder im Einzelfall bestimmen, daß anstelle der Meßbeträge die Berechnung nach Grundbeträgen zu erfolgen hat, die aus dem Steueraufkommen im Kalenderjahr 1952 gewonnen werden.

d) bei der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital

aa) das auf einen Hebesatz von 200 vH umgerechnete Ist-Aufkommen im Kalenderjahr 1952, vermehrt um die Hälfte der Ist-Einnahmen und vermindert um die vollen Ist-Ausgaben an Gewerbesteuerausgleichsbeträgen,

- bb) die im Anschreibungsjahr 1952 angeschriebenen Meßbeträge für Veranlagungszeiträume, die vor dem 21. Juni 1948 geendet haben, mit 200 vH, höchstens jedoch 20 vH der nach der Bestimmung unter aa) sich ergebenden Steuerkraftzahl.

Hessen

Gesetz zur Regelung des Finanzausgleichs vom 11. Mai 1953 (GVBl. für das Land Hessen vom 12. Mai 1953, Seite 105)

I. Allgemeine Bestimmungen

Kreisumlagen

§ 10 des o.a. Gesetzes

(1) Soweit die sonstigen Einnahmen der Landkreise zum Ausgleich des Haushalts nicht ausreichen, haben die Landkreise eine Kreisumlage von ihren Gemeinden und den gemeindefreien Grundstücken zu erheben.

(2) Umlagegrundlagen sind:

1. die Steuerkraftmeßzahlen gemäß § 3; sie werden um den Betrag erhöht, um den die Steuerkraftmeßzahlen einzelner Gemeinden 150 vH der Bedarfmeßzahlen übersteigen; dies gilt nicht, wenn in dem Rechnungsjahr, für das die Kreisumlage beschlossen wird, die Steuerkraftmeßzahl der Gemeinde 150 vH der Bedarfmeßzahl nicht mehr übersteigt.
2. 75 vH der Gemeindeschlüsselzuweisungen.

(3) Die Umlagen sollen 32 vH der Umlagegrundlagen nicht übersteigen. Die Aufsichtsbehörde kann einen höheren Umlagesatz genehmigen. Der Umlagesatz kann nach dem 30. November des jeweils laufenden Rechnungsjahres nicht mehr erhöht werden.

(4) Das Nähere über das Verhältnis der Umlagesätze und die Heranziehung der gemeindefreien Grundstücke zu den Kreisumlagen bestimmen der Minister der Finanzen und der Minister des Innern.

Ausführungsbestimmungen für das Rechnungsjahr 1953 zu dem Gesetz zur Regelung des Finanzausgleichs vom 11. Mai 1953 (Staatsanzeiger für das Land Hessen Nr. 29 vom 18. 7. 1953, Seite 638)

Zu § 10

(1) Es ist darauf Bedacht zu nehmen, daß nur die auf Grund sparsamster Haushaltswirtschaft erforderlichen Umlagen erhoben werden und die Gemeinden lebensfähig bleiben.

(2) Die Ausführungsbestimmungen zu § 3 gelten entsprechend.

(4) Eine unterschiedliche Heranziehung der Umlagegrundlagen bedarf der Genehmigung des Regierungspräsidenten, wenn der Unterschied zwischen dem höchsten und niedrigsten Hundertsatz mehr als 1/4 des niedrigsten Hundertsatzes beträgt.

Werden die Umlagegrundlagen mit verschiedenen Hundertsätzen zur Umlage herangezogen, dürfen die Schlüsselzuweisungen nicht mit dem höchsten Umlagesatz belastet werden.

Die Landkreise sollen diejenigen Gemeinden, bei denen einzelne Realsteuerhebesätze weniger als 75 vH des gewogenen Kreisdurchschnitts betragen, zu einer Sonderumlage heranziehen, deren Hundertsatz die Hälfte des Unterschieds zwischen dem Hebesatz der Gemeinde und 75 vH des gewogenen Kreisdurchschnitts dieses Hebesatzes beträgt.

Die Landkreise können den Umlagesatz für die gemeindefreien Grundstücke bis zu 85 vH der Umlagegrundlagen festsetzen. Ruhen andere als Wegebaukosten auf den gemeindefreien Grundstücken, ist der Umlagesatz entsprechend der Belastung herabzusetzen, höchstens jedoch auf den für Gemeinden geltenden Umlagesatz.

II. Berechnung der Steuerkraftzahlen

§ 3 des Gesetzes vom 11. Mai 1953

Die Steuerkraftmeßzahl wird gefunden, indem für jede Gemeinde die Steuerkraftzahlen der Grundsteuer und der Gewerbesteuer zusammengezählt werden. Es werden angesetzt:

1. Als Steuerkraftzahl der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben die Meßbeträge mit 140 vH.

2. Als Steuerkraftzahl der Grundsteuer von den Grundstücken

die ersten	20 000 DM der Meßbeträge mit 130 vH,
die weiteren	100 000 DM der Meßbeträge mit 175 vH,
die weiteren	1 000 000 DM der Meßbeträge mit 220 vH,
die weiteren	2 000 000 DM der Meßbeträge mit 240 vH,
die weiteren	DM der Meßbeträge mit 260 vH.

In den Gemeinden des Regierungsbezirks Darmstadt werden für die Feststellung der Steuerkraftzahlen die Meßbeträge der Grundsteuer von den Grundstücken um 1/6 gekürzt.

3. Als Steuerkraftzahlen der Gewerbesteuer die Meßbeträge der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital mit 245 vH.

Die Gewerbesteuerzuschüsse werden von den Steuerkraftzahlen der Betriebsgemeinden abgesetzt und den Steuerkraftzahlen der Wohngemeinden hinzugefügt.

III. Meßbeträge

Ausführungsbestimmungen für das Rechnungsjahr 1953 zu dem Gesetz zur Regelung des Finanzausgleichs vom 11. Mai 1953 - Staatsanzeiger für das Land Hessen vom 18.7.1953 Nr. 29, Seite 638 -

Zu § 3

Bei der Berechnung der Steuerkraftzahlen werden zugrundegelegt:

- für die Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und für die Grundsteuer der Grundstücke die Meßbeträge nach dem Stand vom 1. Oktober 1952;
- für die Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital die Grundbeträge, die nach dem Ist-Aufkommen vom 1. Oktober 1951 bis 30. September 1952 ermittelt werden. Hierbei wird das Ist-Aufkommen jedes Vierteljahres durch den jeweils festgesetzten Hebesatz geteilt. Wird ein Hebesatz mit rückwirkender Kraft festgesetzt, so ist er für die Berechnung des Grundbetrages erst von dem Vierteljahr an zugrunde zu legen, in dem er beschlossen worden ist;
- für die Gewerbesteuerzuschüsse, die von den Oberbürgermeistern und Landräten festgestellten Zahlungen für das Rechnungsjahr 1951.

Rheinland-Pfalz

Landesgesetz zur Regelung des Finanzausgleichs zwischen Land und Gemeinden in der Fassung vom 1. Juli 1953 (GVBl. Seite 73) und 3. Landesverordnung zur Durchführung des Gesetzes vom 16. Juni 1953 (GVBl. S. 67).

I. Allgemeine Bestimmungen

Kreisumlage

§ 7 des o.a. Gesetzes

(1) Für die nach § 26 der Kreisordnung von den kreisangehörigen Gemeinden zu erhebenden Kreisumlagen gelten die nachstehenden Vorschriften.

(2) Die Kreisumlage wird für jedes Rechnungsjahr neu festgesetzt. Sie wird bemessen in Hundertsätzen der für die Gemeinden geltenden Steuerkraftzahlen (§ 4), des tatsächlichen Aufkommens der Vermögenssteuer sowie in einem Hundertsatz der Schlüsselzuweisungen (§ 3), auf die die Gemeinden

Anspruch haben. Die Umlagesätze müssen für alle Gemeinden des Kreises gleich sein.

(3) Werden die Hundertsätze, die der Kreis von den Steuerkraftzahlen der einzelnen Steuern, von der Vergnügungssteuer und den Schlüsselzuweisungen als Kreisumlage erhebt, verschieden festgesetzt, so darf der höchste Umlagesatz den niedrigsten um nicht mehr als ein Drittel übersteigen.

(4) Kreisumlagen sind auch von den gemeindefreien Grundstücken zu erheben.

II. Berechnung der Steuerkraftzahlen

§ 4, Abs.2 des o.a. Gesetzes

(2) Die Steuerkraftmeßzahl wird gefunden, indem die für die Gemeinden geltenden Steuerkraftzahlen der Grundsteuer und der Gewerbesteuer zusammengezählt werden. Es werden angesetzt:

1. Als Steuerkraftzahl der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben die Meßbeträge mit 120 vH.

2. Als Steuerkraftzahl der Grundsteuer von den Grundstücken

die ersten	20 000 DM der Meßbeträge mit 120 vH,
die weiteren	100 000 DM der Meßbeträge mit 160 vH,
die weiteren	1 000 000 DM der Meßbeträge mit 200 vH,
die weiteren	2 000 000 DM der Meßbeträge mit 220 vH,
die weiteren	DM der Meßbeträge mit 240 vH.

Solange in der Pfalz gemäß § 37 der Grundsteuer-Durchführungsverordnung in der Fassung vom 29. Januar 1952 (BGBl. I S.79) ein Grundsteuerausgleich durchgeführt wird, sind die Grundsteuermeßbeträge, nach denen der Ausgleich berechnet wird, von der zahlenden Gemeinde abzusetzen und bei der empfangenden Gemeinde zuzusetzen.

3. Als Steuerkraftzahlen der Gewerbesteuer die Meßbeträge der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital mit 225 vH. Die Gewerbesteuerzuschüsse werden mit 75 vH ihres Betrages von den Steuerkraftzahlen der Betriebsgemeinden abgesetzt und den Steuerkraftzahlen der Wohngemeinden hinzugefügt.

III. Meßbeträge

§ 1 B der 3. Landesverordnung

Zugrunde zu legen sind bei der Berechnung der Steuerkraftzahlen:

a) für die Grundsteuer A und B die Meßbeträge einschließlich der Zerlegungsanteile, die die Finanzämter nach dem Veranlagungsstand vom 15. Dezember 1952 dem Statistischen Landesamt mitgeteilt haben, unter Berücksichtigung der für den Grundsteuerausgleich in der Pfalz für das Rechnungsjahr 1952 nach dem Stand vom 31. Dezember 1952 festgesetzten Ausgleichsmeßbeträge abzüglich der Meßbeträge der gemäß § 33 Abs.4 des Grundsteuergesetzes in der Fassung vom 10. August 1951 (BGBl. I S.519) im Rechnungsjahr 1951 entstandenen Ausfälle;

b) für die Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital die Meßbeträge einschließlich Zerlegungsanteile, die in der Zeit vom 15. Dezember 1951 bis 15. Dezember 1952 für die Kalenderjahre 1950 und 1949 in den Gewerbesteuermeßbetragsverzeichnissen angeschrieben und dem Statistischen Landesamt von den Finanzämtern mitgeteilt worden sind, unter Berücksichtigung der Gewerbesteuerzuschüsse mit 75 vH in der Gemeindefinanzstatistik (Jahresrechnungstatistik) 1951 angegebenen Istbeträge.

Bayern

Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsgesetz) in der Fassung vom 25.10.1951 (BGVBl. S.207) und 1. FAGDV 1953 vom 8.8.1952 (BGVBl. S.246)

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 18 des o.a. Gesetzes

- (1) Die Landkreise legen ihren durch die sonstigen Einnahmen nicht gedeckten Bedarf auf die kreisangehörigen Gemeinden und gemeindefreien Grundstücke um (Kreisumlage).
- (2) Die Umlagebeschlüsse bedürfen der Genehmigung der Aufsichtsbehörde, wenn das Umlagesoll das des vorausgegangenen Rechnungsjahres um mehr als 20 vH übersteigt.
- (3) Die Kreisumlage wird in Hundertsätzen der für die Gemeinden (gemeindefreien Grundstücke) geltenden Realsteuerkraftzahlen (Art. 22) und in einem Hundertsatz der Schlüsselzuweisungen bemessen, auf die die Gemeinden im vorangegangenen Rechnungsjahr Anspruch hatten. Werden die Hundertsätze, die der Landkreis von den Steuerkraftzahlen der einzelnen Steuern und den Schlüsselzuweisungen als Kreisumlage erhebt (Umlagesätze), verschieden festgesetzt, so darf der höchste Umlagesatz den niedrigsten um nicht mehr als ein Drittel übersteigen; bei stärkerer Abweichung bedarf der Umlagebeschluß der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.

Art. 19 des o.a. Gesetzes

- (1) Die Kreisumlage wird für jedes Rechnungsjahr neu festgesetzt. Sie wird mit einem Zwölftel ihres Jahresbetrags am 25. eines jeden Monats fällig. Werden die Kreisumlagen nicht rechtzeitig entrichtet, so können von den säumigen Gemeinden (Eigentümern gemeindefreier Grundstücke) Verzugszinsen bis zu 1 vH für den Monat gefordert werden.
- (2) Die Umlagesätze können im Laufe eines Rechnungsjahres einmal geändert werden. Die Änderung der Umlagesätze muß vor dem 1. Dezember vorgenommen und den kreisangehörigen Gemeinden (den Eigentümern gemeindefreier Grundstücke) unverzüglich mitgeteilt werden. Die Änderung der Umlagesätze wirkt auf den Beginn des Rechnungsjahres zurück.
- (3) Ist die Kreisumlage seit Beginn des Rechnungsjahres noch nicht festgesetzt, so können die Landkreise bis zur Festsetzung vorläufige monatliche Teilbeträge in Höhe der im abgelaufenen Rechnungsjahr zuletzt erhobenen monatlichen Teilbeträge erheben. Nach Festsetzung der Kreisumlage für das laufende Rechnungsjahr ist über diese vorläufigen Zahlungen zum nächsten Fälligkeitzeitpunkt (Abs. 1 Satz 2) abzurechnen.

Art. 20 des o.a. Gesetzes

Für einzelne kreisangehörige Gemeinden (gemeindefreie Grundstücke) können je nach Teilnahme an den Vorteilen einer Einrichtung des Landkreises die Hundertsätze nach Art. 18 Abs. 3 mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde erhöht werden.

II. Berechnung der Steuerkraftzahlen

Art. 22 des o.a. Gesetzes

Der Berechnung der Realsteuerkraftzahlen (Art. 4, 16, 18, 21) werden die für die einzelnen Gemeinden und gemeindefreien Grundstücke festgesetzten Meßbetragssummen der Grundsteuer und der Gewerbesteuer zugrunde gelegt. Die Staatsministerien des Innern und der Finanzen treffen die näheren Bestimmungen darüber, wie die Meßbeträge zu ermitteln, mit welchen Hundertsätzen sie anzusetzen sind und wie bei der Gewerbesteuer die Ausgleichszuschüsse zu berücksichtigen sind.

§ 4 der FAGVO 1953

Ermittlung der Steuerkraftzahlen der Grundsteuer und der Gewerbesteuer

- (1) Es werden angesetzt:
 - a) als Steuerkraftzahl der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben (Grundsteuer A) die Meßbeträge mit 120 vH,

b) als Steuerkraftzahl der Grundsteuer von den Grundstücken (Grundsteuer B)

die ersten 20 000 DM der Meßbeträge mit 120 vH,
die weiteren 100 000 DM der Meßbeträge mit 160 vH,
die weiteren 1 000 000 DM der Meßbeträge mit 200 vH,
die weiteren 2 000 000 DM der Meßbeträge mit 220 vH,
die weiteren DM der Meßbeträge mit 230 vH.

c) als Steuerkraftzahl der Gewerbesteuer die Meßbeträge der Gewerbesteuer von Ertrag und Kapital mit 220 vH.

(2) Die Gewerbesteuerausgleichszuschüsse sind

- a) in voller Höhe von den Steuerkraftzahlen der Betriebsgemeinden abzuziehen und
- b) zur Hälfte den Steuerkraftzahlen der Wohngemeinden hinzuzurechnen.

(3) Die den Gemeinden zufließenden Verwaltungskostenzuschüsse der Deutschen Bundespost und der Deutschen Bundesbahn werden zur Hälfte den Steuerkraftzahlen der Gewerbesteuer hinzugerechnet.

III. Meßbeträge

§ 2 der FAGVO 1953

Maßgebende Meßbeträge

(1) Es werden ermittelt

- a) die Steuerkraftzahlen der Grundsteuer aus den Steuermeßbeträgen der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben (Grundsteuer A) und aus den Steuermeßbeträgen der Grundsteuer von den Grundstücken (Grundsteuer B), die bis zum 15. September 1952 festgesetzt worden sind, soweit sie für dieses Kalenderjahr gelten, sowie aus den Steuermeßbeträgen, die bis zu diesem Zeitpunkt für ein früheres Kalenderjahr festgesetzt worden sind. Dabei bleiben die Meßbeträge außer Ansatz, wenn und soweit sie auf land- und forstwirtschaftliche Betriebe oder auf Grundstücke entfallen,
 - aa) die für Zwecke der Besatzungsmacht in Anspruch genommen sind und für die aus diesem Grunde keine Grundsteuer entrichtet wurde;
 - bb) für die die Grundsteuer ganz oder teilweise auf Grund des § 26 a des Grundsteuergesetzes in der Fassung vom 10. August 1951 (BGBl. I S. 519, ber. S. 790, FMBl. S. 416, ber. S. 586) erlassen wurde;
 - cc) für die die Grundsteuer unter den in § 33 Abs. 4 des Grundsteuergesetzes genannten Voraussetzungen erlassen wurde;
- b) die Steuerkraftzahlen der Gewerbesteuer aus den nach § 3 errechneten Gewerbesteuermeßbeträgen unter Berücksichtigung der Gewerbesteuerausgleichszuschüsse und der Verwaltungskostenzuschüsse nach § 4 Abs. 2 und 3 dieser Verordnung.

(2) Beträge, die die Gemeinden im Rechnungsjahr 1951 als Grundsteuerausfallvergütungen nach Art. 8 FAG erhalten haben, sind den Steuermeßbeträgen der Grundsteuer hinzuzurechnen, nachdem sie durch die im Rechnungsjahr 1951 geltenden Hebesätze geteilt und mit 100 vervielfacht worden sind.

§ 3 der FAGVO 1953

Meßbeträge für die Steuerkraftzahlen nach der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital

Für jede Gemeinde ist die Summe der Gewerbesteuermeßbeträge zugrunde zu legen, die das Finanzamt für die Gemeinde auf Grund der Festsetzung für das Kalenderjahr 1950 bis zum 15. September 1952 im Meßbetragsverzeichnis angeschrieben hat.